

# info: social

Fakten zur Sozialen Sicherheit, April 2001, Nr. 5

Elisa Streuli, Tobias Bauer

## Working poor

Eine Untersuchung zu

**in der**  
Ausmass, Ursachen

**Schweiz**  
und Problemlage

Aktuelles zur Statistik  
der Sozialen Sicherheit



Office fédéral de la statistique  
Bundesamt für Statistik  
Ufficio federale di statistica  
Uffizi federal da statistica

# Statistik der Schweiz

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- |    |   |    |   |
|----|---|----|---|
| 0  | Statistische Grundlagen und Übersichten | 11 | Verkehr und Nachrichtenwesen                  |
| 1  | Bevölkerung                             | 12 | Geldpolitik, Finanzmärkte und -akteure        |
| 2  | Raum und Umwelt                         | 13 | <b>Soziale Sicherheit</b>                     |
| 3  | Arbeit und Erwerb                       | 14 | Gesundheit                                    |
| 4  | Volkswirtschaft                         | 15 | Bildung und Wissenschaft                      |
| 5  | Preise                                  | 16 | Kultur, Medien, Zeitverwendung                |
| 6  | Industrie und Dienstleistungen          | 17 | Politik                                       |
| 7  | Land- und Forstwirtschaft               | 18 | Öffentliche Finanzen                          |
| 8  | Energie                                 | 19 | Rechtspflege                                  |
| 9  | Bau- und Wohnungswesen                  | 20 | Gesellschaft in Bewegung (Querschnittsthemen) |
| 10 | Tourismus                               |    |   |

Editorial .....	2
Kurz:info .....	3
<b>Working poor in der Schweiz</b>	
Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlagen .....	5
<i>Elisa Streuli, Tobias Bauer</i>	
<b>1 Wer ist Working Poor?</b> .....	6
<b>2 Wie viele Menschen sind trotz Erwerbsarbeit arm?</b> .....	9
<b>3 Welche Bevölkerungsgruppen sind am stärksten gefährdet?</b> .....	13
3.1 Frauen .....	13
3.2 Eltern mit mehreren Kindern .....	14
3.3 Alleinerziehende .....	15
3.4 Ausländische Staatsangehörige .....	16
3.5 Wenig Ausgebildete .....	16
3.6 In Tieflohnbranchen Tätige .....	17
3.7 Beschäftigte in Teilzeit- und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen .....	17
3.8 Solo-Selbständige .....	19
3.9 Personen mit Erwerbsunterbrüchen und Betriebsneulinge .....	20
<b>4 Wo schränken sich Working Poor finanziell ein?</b> .....	21
<b>5 Sind die Working Poor ein Phänomen der 1990er Jahre?</b> .....	23
<b>6 Absturzgefahr und Auffangchancen</b> .....	27
<b>7 Zusammenfassende Einschätzung</b> .....	30
<b>8 Literatur</b> .....	32
<b>Aktuelles zur Statistik der Sozialen Sicherheit (BFS)</b>	
– Armut im Kanton Zürich und in der Schweiz: Kurzfassung .....	33
– Berufliche Vorsorge in der Schweiz: Vollerhebung 1998 und abgeschlossenen Ergebnisse .....	42
– Die Auswirkung des KVG auf die Finanzierung des Gesundheitswesens .....	44
Einige Publikationen des BFS .....	47
Publikationen der Sektion Soziale Sicherheit im BFS .....	48

Dass trotz voller Erwerbstätigkeit das Einkommen vieler Personen und Haushalte nicht ausreicht, um die Existenz abzusichern, ist ein äusserst bedenklicher Sachverhalt. Bereits die kantonalen Armutsstudien, die vor gut 10 Jahren erstellt wurden, haben auf dieses Faktum hingewiesen. Informationen auf nationaler Ebene wurden erstmals mit der Studie von Leu, Priester und Burri (1997) für die frühen 90er Jahre greifbar. Basierend auf diesen Daten hat die Caritas Schweiz die Gruppe der Working Poor vertieft untersucht und zu einem zentralen Diskussionsthema gemacht. Die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lancierte Debatte um einen garantierten Mindestlohn gab der Situation der Erwerbstätigen mit geringem Einkommen zusätzliche politische Brisanz.

Rund  $\frac{1}{4}$  Million Menschen leben in Armut, obwohl sie erwerbstätig sind. Es besteht Einigkeit, dass dies ein Missstand ist, dem mit korrigierenden Massnahmen begegnet werden muss. Für die Entwicklung der dazu notwendigen Instrumente und für den sozialpolitischen Diskurs zu dieser Thematik sind gesicherte Informationen erforderlich. Das Bundesamt für Statistik hat deshalb das Büro BASS beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem BFS die methodischen Grundlagen für eine Berichterstattung zur Lage der Working Poor in der Schweiz zu erarbeiten und davon ausgehend das Ausmass, die Risikofaktoren sowie die Entwicklung in den 90er Jahren zu untersuchen.

Die Studie baut auf der Diskussion auf, die an der BFS-Tagung zur Armutsberichterstattung (1998) in der Schweiz geführt wurde. Ein zentrales Thema war dabei die Verbreitung der Working Poor in der Schweiz und in den umliegenden Ländern. Erstmals liegen nun Indikatoren zur Armut trotz Erwerbstätigkeit in der Schweiz für die 90er Jahre vor. Das BFS

beabsichtigt im Rahmen der Armutsberichterstattung diese statistischen Grundlagen regelmässig zu aktualisieren. Damit steht ein wichtiges statistisches Instrumentarium für die Sozialpolitik zur Verfügung.

Wie hat sich die Quote der Working Poor in den 90er Jahren entwickelt? Wie viele Personen zählen zu den erwerbstätigen Armen? Welche Haushalte und Bevölkerungsgruppen sind besonders stark betroffen? Mit welchen finanziellen Einschränkungen sind die betroffenen Haushalte konfrontiert? Diese Fragen stehen im Zentrum der Studie.

Vor dem Hintergrund der politischen Diskussion um Mindestlöhne und Leistungen für Familien gilt ein besonderes Augenmerk den Einflussfaktoren: Welcher Zusammenhang besteht zwischen Tieflohn und Armut? Welche Rolle spielen Haushaltsgrösse, Familienstruktur und Betreuungspflichten? Das vorliegende Bulletin enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Resultate der Studie. Die vollständige Studie wird in der Reihe Statistik Schweiz des BFS erscheinen.

Robert Fluder  
Leiter der Sektion Soziale Sicherheit

Erwerbsarbeit schützt auch in der Schweiz nicht vor Armut. Die Erkenntnis der nationalen Armutsstudie, dass für eine grosse Zahl von Menschen das Einkommen trotz einer vollen Erwerbstätigkeit nicht für die Sicherung der Existenz ausreicht, hat in den letzten Jahren einige Diskussionen ausgelöst. Eine vertiefte empirische Analyse der Gruppe der «Working Poor» fehlte bisher. Die vorliegende Untersuchung, die im Rahmen der Armutsberichterstattung des Bundesamtes für Statistik vom Büro BASS durchgeführt wurde, holt dies nach und stellt gleichzeitig die Grundlagen für eine systematische Berichterstattung zur Risikogruppe der Working Poor bereit.

Die Untersuchung stützt sich auf die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE. Sie analysiert die Situation im Jahr 1999 und zeichnet gleichzeitig die Entwicklung von 1991 bis 1999 nach. Im Jahr 1999 gehörten 7,5% der 20- bis 59-jährigen Erwerbstätigen zur Gruppe der Working Poor. Dies sind 250'000 Personen, deren Haushalte 535'000 Haushaltmitglieder (53'000 nicht erwerbstätige Erwachsene und 232'000 Kinder) umfassen. Die Quote der «Vollzeit-Working Poor» ist mit 6% deutlich tiefer als jene der «Teilzeit-Working Poor» die 29% beträgt. Zu den «Vollzeit-Working Poor» zählen Erwerbstätige in armen Haushalten, in denen der gesamte Erwerbsumfang aller Haushaltmitglieder mindestens 36 Wochenstunden entspricht – unabhängig vom individuellen Erwerbsumfang.

Das Risiko, Working Poor zu werden, hängt einerseits von der Stellung auf dem Arbeitsmarkt ab und andererseits von den Kosten im Zusammenhang mit der Betreuung und Unterstützung von Kindern. Armut ist in den verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen unterschiedlich verbreitet. Besonders gefährdet sind Frauen, ausländische Staatsangehörige, Alleinerziehende und Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern sowie wenig ausgebildete Personen. Ebenfalls überdurchschnittlich häufig betroffen sind Selbständige (oft ohne Angestellte) und Erwerbstätige in Tieflohn-Bereichen (Landwirtschaft, Gastgewerbe, Verkauf, Privathaushalte).

Die Working Poor arbeiten häufig in Teilzeitstellen, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen und in Stellen mit atypischen Arbeitszeiten. Besonders markant erhöht ist ihr Anteil an den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sowie an Frauen, die in Detailhandel und Gastgewerbe arbeiten.

In den 1990er Jahren hat sich die Working Poor-Quote deutlich erhöht. Auffällig ist der Sprung zwischen 1995 und 1996. Bis 1995 lag die Quote bei rund 5%, 1996 nahm sie auf rund 7% zu. Die Erklärung für diesen Anstieg liegt in der allgemeinen Lohnentwicklung Mitte der 90er Jahre, in der markanten Zunahme der «neuen Selbständigen» sowie der Arbeitsverhältnisse mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen. Der armutsvermindernde Effekt der individuellen Prämienverbilligung kann dabei aus Daten Gründen nur unzureichend einbezogen werden. Hätten die Paarhaushalte mit Kindern in der Beobachtungsperiode nicht generell den Erwerbsumfang erhöht, wäre die Zahl der Working Poor noch stärker gestiegen. Bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, denen die zeitlichen Möglichkeiten für mehr Erwerbsarbeit fehlen, stieg die Working Poor-Quote denn auch stark überproportional.

Im biografischen Verlauf zeigt sich ein häufiger Wechsel von Perioden von Armut und Nicht-Armut. Zwar bleiben Personen, die im Vorjahr «Vollzeit-Working Poor» waren, dies fast zur Hälfte auch im Folgejahr. Immerhin schafft die Hälfte innert Jahresfrist den Sprung über die Armutsgrenze. Temporäre Armut ist somit ein verbreitetes Phänomen: Von allen 20- bis 59-jährigen Erwerbstätigen war fast ein Fünftel innerhalb von fünf Jahre mindestens einmal arm.

Das Phänomen der Working Poor erklärt sich nur teilweise aus einem Tieflohn: Liegt die Tieflohn-Grenze bei 35'000 Franken netto pro Jahr, beträgt der Anteil der Personen mit Tieflohn an allen Working Poor 67%. Werden nur die «vollzeit Erwerbstätigen» betrachtet, sinkt er auf 45%. Die Einführung eines verbindlichen Vollzeit-Mindestlohns in gleicher Höhe würde die Zahl der Working Poor reduzieren, das Phänomen aber nicht zum Verschwinden

bringen. Wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverhältnisse eines Haushalts haben neben dem Lohnsatz auch die Kinderzahl, der überhaupt mögliche Erwerbsumfang sowie weitere Einkommensquellen.

Die Studie zeigt deutlich, dass das Phänomen der Working Poor nicht auf einen einzelnen Faktor zurückgeführt werden kann. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Faktoren, ob jemand trotz Arbeit

arm ist oder nicht. Massnahmen zur Bekämpfung der Armut Erwerbstätiger müssen deshalb in mehreren Politikbereichen gleichzeitig ansetzen: Mit Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt und in der Bildungspolitik kann Tieflohnen und prekarierten Arbeitsbedingungen begegnet werden. Insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind familienpolitische Massnahmen wie ein höherer Familienlastenausgleich und Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von vorrangiger Bedeutung.

## Working Poor in der Schweiz

Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlagen

Elisa Streuli und Tobias Bauer<sup>1</sup>

Dass auch in der Schweiz Erwerbsarbeit nicht vor Armut schützt, wurde mit der 1997 publizierten nationalen Armutsstudie eindrücklich belegt. Über 70 Prozent der Armen im Erwerbsalter lebten gemäss dieser Studie 1992 in einem Haushalt, in dem mindestens eine Person Vollzeit erwerbstätig war (Leu, Burri & Priester 1997, S. 442). Eine breitere Diskussion zum Phänomen der erwerbstätigen Armen oder «Working Poor» wurde aber erst mit einer Studie der Caritas (Liechti & Knöpfel 1998) ausgelöst. Diese Diskussion hat sich in den letzten Monaten im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Forderungen nach einem Mindestlohn von 3000 Franken intensiviert. Dennoch fehlte bisher eine detaillierte empirische Analyse zur Frage der Working Poor. Deshalb liess das Bundesamt für Statistik BFS im Rahmen seines Schwerpunktbereichs Armutsberichterstattung die Working Poor durch das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS näher untersuchen. Dabei konnte von Erkenntnissen der BFS-Tagung «Armutsberichterstattung» (1999) ausgegangen werden, an der das Thema Working Poor breit diskutiert wurde. Ziel der vorliegenden Studie ist es, Grundlagen für den geplanten Aufbau der Armutsberichterstattung zu erarbeiten. Im Vordergrund steht zunächst die definitorische Abgrenzung der Working Poor, dann die Deskription dieser Gruppe, eine Ursachenanalyse und schliesslich eine Beschreibung der Verlaufsmuster.

### Datengrundlagen

Die Untersuchung stützt sich auf *Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE*. Die letzte verfügbare Erhebung von 1999 umfasst eine Stichprobe von 17'720 befragten Personen aus der ständigen Wohnbevölkerung. Nicht einbezogen sind Asylsuchende, Saisoniers und Saisonnières, Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Da für diese Untersuchung nur erwerbstätige Personen zwischen 20 und 59 Jahren mit gültiger Antwort zu Haushalts- und Erwerbseinkommen auswertbar sind, reduziert sich die Zahl der Datensätze auf 7395. Die befragten Personen werden mit der in der SAKE verfügbaren individuellen Gewichtung auf die gesamte Bevölkerung hochgerechnet. Daraus resultieren repräsentative Angaben über die Zahl der Working Poor. Vergleichbare Stichproben stehen auch für die Vorjahre ab 1991 zur Verfügung.

<sup>1</sup> Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien, BASS. Die Kurzfassung wurde von Heidi Stutz verfasst. Der Gesamtbericht liegt im Herbst 2001 als BFS Publikation vor.

Die Daten werden auf drei Arten analysiert:

- Als erstes werden die Working Poor im Jahr 1999 aufgrund verschiedener soziodemografischer, bildungs- und arbeitsmarktlicher Merkmale charakterisiert.
- Als zweites werden die wichtigsten Zusammenhänge anhand der SAKE-Daten der Jahre 1991 bis 1999 mittels logistischer Regression untersucht. Regressionsanalysen dienen dazu, ein Phänomen auf verschiedene, wichtige Einflussfaktoren zurückzuführen. Als wesentliche Einflussfaktoren werden der Erwerbsumfang, die Haushaltsgrosse und der Lohnsatz angenommen.
- Als drittes werden aggregierte und individuelle Entwicklungen analysiert. Zunächst wird die Entwicklung der Working Poor- und der Armutsquote von 1992 bis 1999 nachgezeichnet. Da die Befragten in der SAKE im allgemeinen während fünf Jahren in der Erhebung verbleiben, können auch individuelle Verlaufsmuster mittels Panelanalyse untersucht werden. Dabei interessiert vor allem aus welcher Situation Menschen zum Working Poor werden und wie sie daraus herauskommen.

## 1 Wer ist Working Poor?

Ein allgemeiner Konsens über eine Definition von Working Poor existiert nicht. Gemeinsam an allen Definitionen ist, dass Working Poor erwerbstätig und trotzdem arm sind. In der Schweiz existieren *zwei Betrachtungsweisen*:

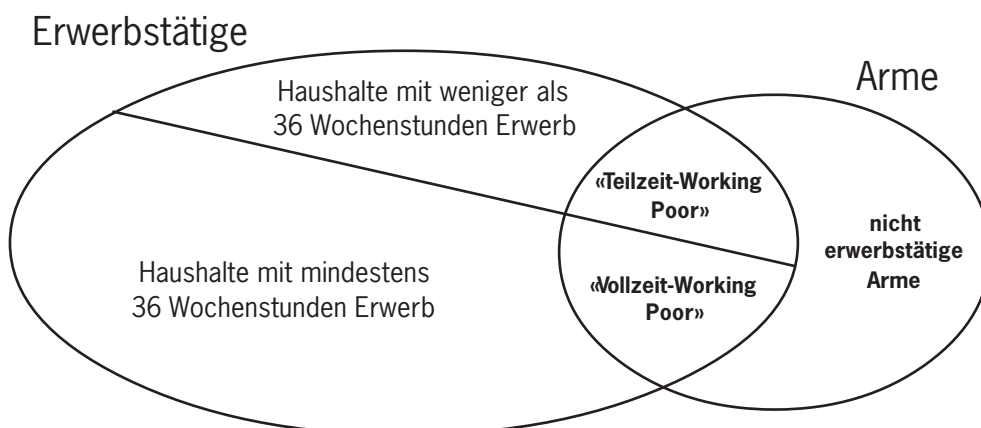
- Die einen (Deutsch, Flückiger & Silber 1999; Tillmann 1996) sehen die Working Poor vor allem als *Tieflohn-Phänomen*. Sie definieren sie als Erwerbstätige, welche mindestens die Hälfte des Haushaltseinkommens erwirtschaften, aber weniger als 50% eines mittleren Lohnes (gesamtwirtschaftlicher Medianlohn) verdienen. Dieser Ansatz orientiert sich am individuellen Einkommen. Die Working Poor leben nicht zwingend in armen Haushalten.
- Die anderen (Leu, Burri & Priester 1997; Liechi & Knöpfel 1998) sehen die Working Poor vor allem als *Armuts-Phänomen*. Working Poor sind hier erwerbstätige Personen, die in einem armen Haushalt leben. Entscheidend ist somit das Verhältnis des gesamten Einkommens zum gesamten Bedarf der ökonomischen Einheit Haushalt. Auch wenn eine Person keinen Tieflohn bezieht, schützt dies den gesamten Haushalt nicht zwangsläufig vor Armut. Im Gegensatz zur Tieflohnbetrachtung wird bei der Analyse der Working Poor ein minimaler Erwerbsumfang vorausgesetzt. In der schweizerischen Armuts-



---

**Erwerbstätigkeit, Armut und Working Poor**


---



studie von Leu, Burri & Priester muss mindestens eine Person im Haushalt voll (mindestens 90%) erwerbstätig sein, damit von Working Poor gesprochen werden kann. Einem gewandelten Familienmodell eher Rechnung tragen Liechti & Knöpfel, die vom Beschäftigungsgrad des ganzen Haushalts ausgehen: Working Poor umfassen hier die Erwachsenen in einem armen Haushalt, dessen gesamter Erwerbsumfang mindestens 90% einer Vollzeitstelle beträgt.

Hinter den unterschiedlichen Betrachtungsweisen steht eine andere Stossrichtung in der Armutsbekämpfung. Werden Tieflöhne ins Zentrum gestellt, ist die Stossrichtung primär arbeitsmarktpolitischer Natur. Steht der Haushaltsbedarf im Vordergrund, ist die Stossrichtung primär sozial- und familienpolitischer Natur. Unabhängig davon stellt sich die Frage, wofür ein Lohn steht: Soll er den eigenen Lebensbedarf decken oder die Existenz einer ganzen Familie sichern? Wenn Working Poor-Definitionen unterstellen, dass ein Vollzeit-Lohn für eine Familie reichen sollte, widerspricht dies der heutigen Realität. Im Gegensatz dazu ist etwa die Forderung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB nach einem Mindestlohn von 3000 Franken netto auf den Lebensbedarf einer einzelnen Person ausgerichtet. Wenn aber ein Vollzeit-Erwerbseinkommen die Existenz einer ganzen Familie nicht sichert, stellt sich die Frage nach dem «zumutbaren» Erwerbsumfang des gesamten Haushalts. Denn je nach Gesamtbeschäftigungsgrad gehört ein Haushalt zu den Working Poor oder nicht: Sind in einer Familie mit drei Kindern beide Eltern voll berufstätig und verdienen je 2500 Franken, gehört ihr Haushalt mit 5000 Franken Gesamteinkommen pro Monat nicht zu den Working Poor. Ist in einer gleichen Familie dagegen nur eine Person voll berufstätig und verdient 4000 Franken, zählt dieser Haushalt zu den Working Poor, auch wenn die Situation der ersten Familie in einer arbeitsmarktpolitischen Sichtweise prekärer erscheint.

Für die vorliegende Untersuchung ist es sinnvoll, die Working Poor möglichst breit zu erfassen. Beim Kriterium der Erwerbstätigkeit wird mit einer Stunde bezahlter Arbeit pro Woche keine hohe Hürde errichtet. Dies entspricht auch dem internationalen Standard (International Labour Organization ILO). In der Auswertung wird unterschieden zwischen «*Vollzeit-Working Poor*», bei denen der Erwerbsgrad des gesamten Haushalts mindestens 90% einer Vollzeitstelle entspricht (wie Liechti & Knöpfel 1998), und «*Teilzeit-Working Poor*», die alle übrigen armen Erwerbstätigen umfassen.

### **Definition von Working Poor**

**Working Poor sind erwerbstätige Personen, die in einem armen Haushalt leben.**

Als *erwerbstätig* gilt eine Person, die

- mindestens einer Stunde Erwerbsarbeit pro Woche nachgeht,
- ein Erwerbseinkommen und ein Haushaltseinkommen über Null aufweist
- und zwischen 20 und 59 Jahre alt ist.

Die *Armutsgrenze* ist aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS (Grundbedarf I+II+Miete+Krankenversicherung) abgeleitet.

Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS sind in der Schweiz massgebend für Sozialhilfebezüge. Daraus wird das Existenzminimum als Summe folgender Bedarfsbereiche berechnet:

- *Grundbedarf I*: abhängig von der Haushaltgrösse, z.B. für eine allein lebende Person 1010 Franken;
- *Grundbedarf II*: je nach Region 45-155 Franken für eine allein lebende Person, hier vereinfachend aufgrund des schweizerischen Durchschnitts berechnet;
- *Miete*: Die effektiven Kosten im ortsüblichen Rahmen werden anhand der SAKE 95 für die jeweils einkommenschwächere Hälfte der verschiedenen Haushaltstypen ermittelt und auf 1999 hochgerechnet;
- *Krankenversicherung*: obligatorische Grundversicherung plus Franchisen/Selbstbehalt. Die unterschiedlichen Prämien pro Kanton und Mitglied sind vollumfänglich berücksichtigt, die individuelle Prämienverbilligung durch die Kantone bildet sich in der SAKE jedoch nur unvollständig ab, weshalb die effektiven Aufwendungen armer Haushalte für die Krankenversicherung ab 1996 überschätzt werden.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die wenig transparenten, sehr unterschiedlichen und im Zeitablauf ändernden kantonalen Systeme der Prämienverbilligung erlauben es auch nicht, den Umfang der Prämienverbilligung für die einzelnen Haushalte indirekt zu berechnen.

Für einen Einpersonenhaushalt macht dieses Existenzminimum nach SKOS knapp 2100 Franken pro Monat aus. Dies entspricht ziemlich genau 50% des durchschnittlichen verfügbaren Äquivalenzeinkommens.<sup>3</sup> Diese relative Grenze wird vielfach bei Armutsstudien in anderen Ländern verwendet. Die für die vorliegende Analyse vorgenommene Abgrenzung von Working Poor entspricht vergleichbaren Studien für andere Länder (Strengmann-Kuhn 1999, Ponthieux & Concialdini 2000).

Wenn das Haushaltseinkommen nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern unter der Armutsgrenze liegt, ist der betreffende Haushalt arm. Die Sozialversicherungsbeiträge werden pauschal als 12% des Haushalteinkommens angenommen. Dies entspricht den Zahlungen eines Haushalts, der nur von Erwerbseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit lebt. Die Steuern werden detailliert für jedes Einkommen je Haushaltstyp und Kanton ermittelt. Die so berechnete Armutsquote misst die Nach-Transfer-Armut, d.h. die Armut unter Berücksichtigung von Sozialversicherungsbeiträgen, Fürsorgegeldern, etc.

Mögliche leichte Verzerrungen aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten heben sich teilweise selbst auf: Einerseits bleiben fürs Existenzminimum relevante Zwangsausgaben wie Alimentzahlungen oder Schuldzinsen unberücksichtigt, was die Armutsquote eher unterschätzt. Andererseits wird der Vermögensanteil von der SAKE nicht erhoben, was die Armutsquote wiederum überschätzt. Der Gesamteffekt lässt sich nicht genau beziffern.

## 2 Wie viele Menschen sind trotz Erwerbsarbeit arm?

In der Schweiz sind 1999 rund 250'000 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren Working Poor, also trotz Erwerbstätigkeit arm. 186'000 von ihnen leben in Haushalten mit einem Erwerbsumfang von mindestens 36 Wochenstunden, bei 64'000 ist der Erwerbsumfang des Haushaltes geringer. Die Working Poor-Quote, d.h. der Anteil der Working Poor an den Erwerbstätigen, liegt bei 7,5%. Etwas tiefer, nämlich bei 6%, ist sie in Haushalten mit mindestens 36 Erwerbsstunden und deutlich höher, nämlich bei 29%, in Haushalten mit einem geringeren Erwerbsumfang. Die Working Poor machen 60% aller Armen im Erwerbsalter (20-59 Jahre) aus. Werden nur die «Vollzeit-Working Poor» betrachtet, sind es immer noch 44%.

<sup>3</sup> Unter dem Äquivalenzeinkommen eines Haushaltes versteht man das auf einen Einpersonenhaushalt umgerechnete Einkommen. Es wird ermittelt, indem das Einkommen durch die Wurzel aus der Zahl der Haushaltmitglieder geteilt wird. Wenn ein Vierpersonenhaushalt ein Einkommen von 5000 Franken hat, macht das Äquivalenzeinkommen 2500 Franken aus ( $5000 : \sqrt{4}$ ).

**Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Merkmalen 1999 (in%)**

	Working Poor total		Working Poor in Haushalten mit mind. 36 Std. Erwerb		Working Poor in Haushalten unter 36 Std. Erwerb	
	Anzahl	Quote	Anzahl	Quote	Anzahl	Quote
<b>Geschlecht</b>						
Frauen	133 000	9,1%	85 000	6,5%	48 000	29,8%
Männer	117 000	6,4%	101 000	5,7%	16 000	27,3%
<b>Alter</b>						
20-29 Jahre	42 000	6,4%	24 000	3,9%	18 000	45,9%
30-39 Jahre	89 000	8,3%	71 000	7,1%	18 000	30,8%
40-49 Jahre	76 000	8,1%	61 000	6,9%	15 000	26,8%
50-59 Jahre	43 000	6,2%	30 000	4,8%	13 000	19,3%
<b>Nationalität</b>						
Ausländerin/Ausländer	86 000	12,2%	76 000	11,2%	10 000	32,6%
Schweizerin/Schweizer	164 000	6,2%	110 000	4,5%	54 000	28,4%
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinstehend	33 000	6,1%	11 000	2,5%	22 000	23,4%
Alleinerziehend	27 000	29,2%	10 000	18,9%	17 000	42,7%
Paare ohne Kinder	26 000	3,2%	17 000	2,2%	9 000	24,7%
Paare mit 1 Kind	25 000	6,7%	23 000	6,3%	..	..
Paare mit 2 Kindern	52 000	8,6%	47 000	8,1%	..	..
Paare mit 3+ Kindern	44 000	18,0%	42 000	18,1%	..	..
Andere Haushaltstypen	42 000	5,9%	36 000	5,4%	..	..
<b>Sprachregion</b>						
Deutsche Schweiz	168 000	6,9%	126 000	5,6%	42 000	27,0%
Französische Schweiz	74 000	9,2%	55 000	7,4%	19 000	31,3%
Italienische Schweiz	7 000	7,4%	..	..	..	..
<b>Gesamt</b>	<b>250 000</b>	<b>7,5%</b>	<b>186 000</b>	<b>6,0%</b>	<b>64 000</b>	<b>29,0%</b>

Quelle: SAKE

**Die wichtigsten Indikatoren**

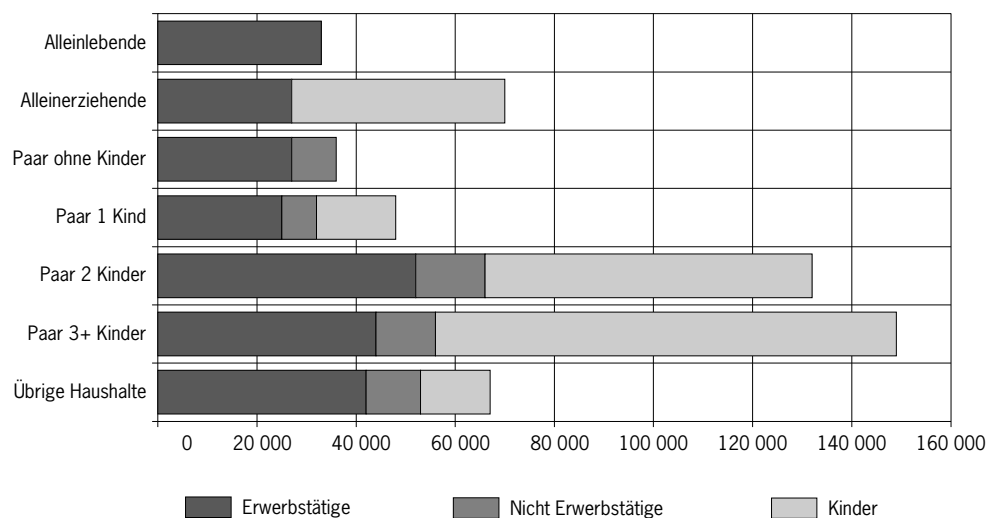
**Working Poor-Quote:** Prozentsatz der erwerbstätigen Armen an allen Erwerbstätigen im Alter von 20-59 Jahren.

**Armutsquote:** Prozentsatz der Armen an allen Personen im Alter von 20-59 Jahren.

**Working Poor-Anteil:** Prozentsatz der Working Poor an allen Armen im Alter von 20-59 Jahren.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleich häufig vom Working Poor-Risiko betroffen. Besonders betroffen sind Personen mit ausländischer Nationalität (Working Poor-Quote 12,2%) und Frauen (9,1%). Die Working Poor-Quote unterscheidet sich auch nach Landesteilen: Sie ist in der Romandie am höchsten (9,2%) und in der Deutschschweiz am tiefsten (6,9%). Ebenso spielt die Familiensituation eine Rolle: Das höchste Risiko, Working Poor zu werden, tragen Alleinerziehende (29,2%), stark gefährdet sind aber auch kinderreiche Familien (18%).

### Personen in Working Poor-Haushalten nach Haushaltstyp 1999



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

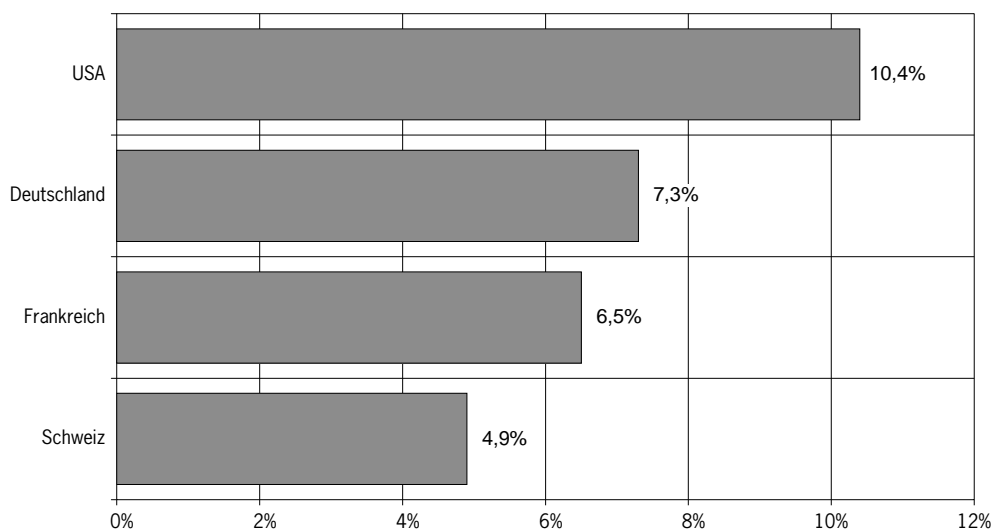
Im Umfeld der Working Poor sind weit mehr Personen von Armut betroffen. Die 250'000 Working Poor leben in 169'000 Haushalten mit insgesamt 535'000 Haushaltmitgliedern. Viele der Mitbetroffenen sind Kinder (232'000) und Nicht-Erwerbstätige, die diese betreuen.

Im Vergleich zu den zwei Nachbarländern Frankreich und Deutschland lag die Working Poor-Quote zumindest im Jahr 1995, für das Vergleichszahlen vorliegen, in der Schweiz tiefer. Seit 1995 ist die Working Poor-Quote in der Schweiz allerdings deutlich angestiegen, auf die erwähnten 7,5% im Jahr 1999. In den USA ist das Problem der Working Poor im Vergleich mit den europäischen Ländern erheblich gravierender. 1995 waren in den USA mehr als 10% der Erwerbstätigen arm.

Working Poor und Tieflohn überschneiden sich nur teilweise: Bei einer Tieflohn-Grenze von 35'000 Franken netto pro Jahr liegt der Anteil der Personen mit einem geringen Lohn an den Working Poor bei 67%.<sup>4</sup> Dies ist teilweise auf einen tiefen zeitlichen Erwerbsumfang zurückzuführen. Werden nur die vollzeit Erwerbstätigen betrachtet, sinkt dieser Anteil auf 45%. Nur in diesen Fällen sind tiefe Lohnsätze die Hauptursache der Armut.

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 35'000 Franken (2917 Franken pro Monat) netto für eine Vollzeitstelle würde zwar die Zahl der Working Poor verringern, das Problem der arbeitenden Armen aber nicht völlig beheben. Auch bei einem mittleren Lohnsatz kann jemand Working Poor werden, sei es, weil nur ein Teilzeiterwerb möglich ist, sei es, weil auch ein Einkommen aus einem Vollzeiterwerb für die

4 Der Begriff des Niedriglohns bezieht sich bei den Selbständig-erwerbenden auf das Selbständigen-einkommen.

**Working Poor-Quoten im internationalen Vergleich 1995**

© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

Armutsgrenze: 50% des Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens, einbezogen sind alle Personen ab 1 Wochenstunde Erwerbsarbeit

Existenzsicherung eines grossen Haushaltes nicht ausreicht. Andererseits muss ein Tieflohn nicht zwingend mit Armut verbunden sein, weil der Tieflohn durch andere Haushaltseinkommen, insbesondere Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder ergänzt werden kann.

Der Effekt eines Mindestlohns unterscheidet sich je nach Haushaltform: Bei Einpersonen-Haushalten gäbe es mit einem garantierten Lohn von fast 3000 Franken überhaupt keine «Vollzeit-Working Poor» mehr. Bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien dagegen wären die Auswirkungen bescheidener. Ein Mindestlohn löst das Problem der indirekten Kinderkosten nicht, die dadurch entstehen, dass Eltern ihren Erwerbsumfang wegen der zeitlichen Beanspruchung durch die Kinderbetreuung nicht beliebig erhöhen können. Hier stehen andere Massnahmen wie höhere Kinderzulagen oder eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienpflichten mit einer Berufstätigkeit im Vordergrund.

Es überrascht kaum, dass sich der Anteil der Working Poor mit zunehmendem Erwerbsumfang verringert. Von allen Working Poor leben rund 20% in einem Haushalt mit einem Erwerbsumfang von weniger als 26 Wochenstunden – bei den nicht armen Erwerbstätigen sind dies weniger als 3%. Auch in Haushalten mit 36-55 Erwerbsstunden pro Woche leben noch überdurchschnittlich viele Working Poor, bei höherem Erwerbsumfang dagegen liegt die Quote der Working Poor unter dem Durchschnitt.

### 3 Welche Bevölkerungsgruppen sind am stärksten gefährdet?

Durch eine vertiefte Datenanalyse lassen sich neun Bevölkerungsgruppen identifizieren, die deutlich häufiger als andere Working Poor werden. Es sind dies Frauen, Eltern, Alleinerziehende, ausländische Staatsangehörige, wenig Ausgebildete, in Tieflohnbranchen Tätige, Beschäftigte in Teilzeit- und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen, Selbständige ohne Angestellte sowie Personen mit Erwerbsunterbrüchen und kurzer Betriebszugehörigkeit.

#### 3.1 Frauen

Frauen sind in der Gruppe der Working Poor stark übervertreten, vor allem weil sie viel häufiger in Haushalten mit nur einem Teilzeiterwerb leben als Männer. Dies wiederum erklärt sich primär durch den Umstand, dass Alleinerziehende mehrheitlich Frauen sind. Aber auch bei gleichem Erwerbsumfang und gleicher Familiensituation sind die Frauen, welche das Haupteinkommen des Haushaltes erwirtschaften, in stärkerem Ausmass von Armut betroffen. Dies ist die Folge von schlechteren Lohn- und Aufstiegsmöglichkeiten. Frauen verdienen auch bei gleichwertiger Qualifikation immer noch weniger als Männer und arbeiten oftmals in «typischen Frauenbranchen» mit schlechten Arbeitsbedingungen.

Die Regressionsanalyse zeigt zudem, dass sich bestimmte Einflussfaktoren für Frauen und Männer unterschiedlich auswirken. So erhöhen etwa Berufe im Bereich Gastgewerbe/Hauswirtschaft oder Detailhandel die Working Poor-Gefährdung für Frauen stark, für Männer jedoch nicht.

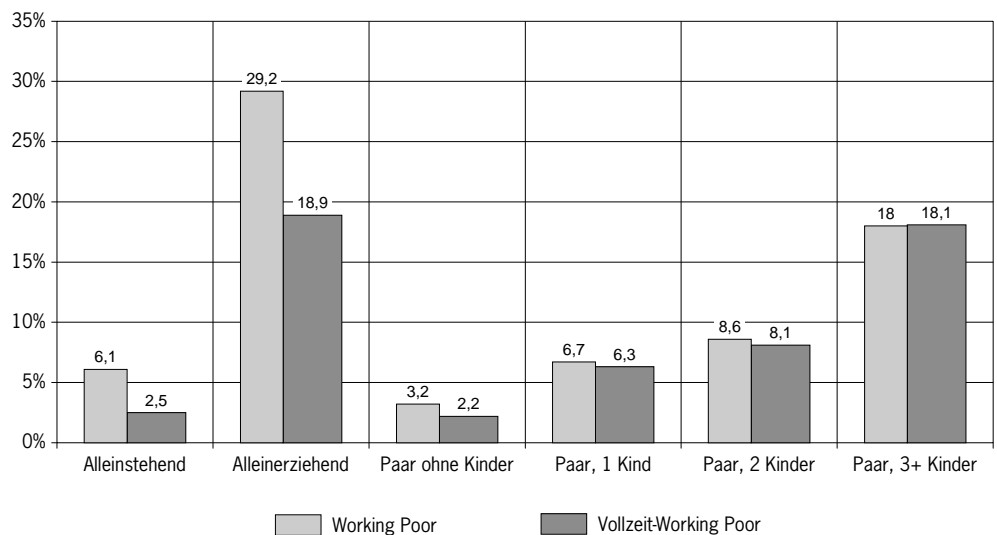
In gewissen Lebenssituationen, in denen sich Frauen sehr viel häufiger befinden als Männer, können sich verschiedene Faktoren, die Menschen zu Working Poor machen, massiv kumulieren. Für eine alleinstehende Frau ohne nachobligatorische Ausbildung beträgt die Working Poor-Gefährdung bei einem Erwerbsumfang von 40 Wochenstunden 3,5%. Wenn sie neu eine Stelle im Detailhandel angetreten hat, die nicht dauerhaft und in Bezug auf die Arbeitszeit flexibilisiert ist, wie dies typischerweise bei Arbeit auf Abruf der Fall ist, so steigt die Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, auch bei einem Erwerbsumfang von 40 Stunden pro Woche auf 40% an. Ist die Frau dazu noch alleinerziehend und Ausländerin, so macht die Working Poor-Gefährdung 69% aus.

### 3.2 Eltern mit mehreren Kindern

Kinder können ein Armutsrisiko darstellen. Dies hängt mit den direkten, vor allem aber mit den indirekten Kinderkosten zusammen. Kinder brauchen Zeit. Sie wollen betreut sein und erhöhen den Aufwand an Familienarbeit. Mit diesem Zeitaufwand ist ein Verlust an Erwerbseinkommen verbunden. Entsprechend sind Paare ohne Kinder selten Working Poor (3,2%). Die Gefahr, Working Poor zu werden, nimmt aber mit steigender Kinderzahl zu. Die Working Poor-Quote steigt bei Paarhaushalten mit einem Kind auf 6,7%, bei zwei Kindern auf 8,6% und bei drei Kindern auf 18%.

Abbildung 4

**Working Poor-Quoten nach Haushaltstyp 1999, in %**



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

Ganz besonders betroffen sind, wie noch auszuführen sein wird, Alleinerziehende. Ihre Haushalte müssen überwiegend mit nur einem Teilzeiterwerb über die Runden kommen. Neben ihnen gehören auch kinderreiche Familien zu den meistgefährdeten Gruppen. Diese Gefährdung schlägt sich in hohen Working Poor-Quoten nieder (vgl. Abbildung 4). Drei von zehn Alleinerziehenden-Haushalten und fast zwei von zehn Familien mit drei und mehr Kindern gehören in der Schweiz zu den Working Poor.

Dies ist so, obwohl insgesamt Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern meist in soliden Verhältnissen leben. Die Eltern, in der Regel 30 bis 50-jährig, sind praktisch alle verheiratet, leben seltener als der Rest in Grosszentren, haben häufiger eine höhere Ausbildung abgeschlossen, sind



eher selbständig und in der Landwirtschaft tätig. Bezüglich Nationalität unterscheiden sie sich nicht von den übrigen Haushalten. Das Cliché der kinderreichen ausländischen Familie wird also keineswegs bestätigt. Anders bei der Gruppe der Working Poor; hier sind die Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern überwiegend ausländischer Nationalität, und die Eltern haben häufiger nur die obligatorische Schule oder eine Berufslehre absolviert.

Bereits heute bestreiten Paarhaushalte mit Kindern ihren Unterhalt mehrheitlich mit über 45 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche. «Alleinernährer»-Haushalte bilden nur noch eine Minderheit (30-40%). Je mehr Kinder in einem Haushalt sind, desto eher handelt es sich um einen Haushalt mit nur einem Vollzeitwerb. In rund einem Drittel der Paarhaushalte mit Kindern (29-35%) sind die Eltern jede Woche 46 bis 65 Stunden erwerbstätig, in nochmals einem Drittel (27-35%) sogar mehr als 65 Stunden.

### 3.3 Alleinerziehende

Alleinerziehende weisen die allerhöchste Working Poor-Quote (29%) auf, da zum Armutrisiko Kind weitere erschwerende Faktoren hinzukommen. Sie arbeiten mehrheitlich Teilzeit, werden überdurchschnittlich oft zu einem Tieflohnsatz entlohnt und bestreiten gleichzeitig den Lebensunterhalt mehrerer Personen.

Alleinerziehende sind überwiegend Frauen, im Vergleich zu den übrigen befragten Frauen sind sie häufiger getrennt, geschieden oder verwitwet, leben eher in Zentrumsgemeinden und sind weniger oft selbständig erwerbend. Die zu den Working Poor zählenden Alleinerziehenden sind ausnahmslos Frauen, im Vergleich zu den nicht armen Alleinerziehenden sind sie jünger und eher ledig, sie haben häufiger nur eine obligatorische Schule oder eine Berufslehre absolviert und arbeiten vermehrt im Detailhandel oder im Büro.

Um abzuschätzen, wie viel tiefe Löhne und wie viel der eingeschränkte Erwerbsumfang zur Armut alleinerziehender Working Poor beitragen, sind hier die Lohnverhältnisse eingehend analysiert worden. Dabei zeigte sich, dass bei einer Tieflohngrenze von 35'000 Franken pro Jahr für eine Vollzeitstelle 64% der Alleinerziehenden weder tief entlohnt noch Working Poor sind. 20% sind Working Poor ohne Tieflohn. Für sie ist offensichtlich der durch die Kinderbetreuung bedingte reduzierte Erwerbsumfang das Hauptproblem. Knapp 10% sind Working Poor mit Tieflohn. Bei ihnen bleibt unklar, welches Problem stärker zur Armut beiträgt. Sie dürften

es jedoch besonders schwer haben, aus ihrer Situation als Working Poor wieder herauszukommen. Fast 7% der Alleinerziehenden verdienen Tieflohne, ohne Working Poor zu sein. Da Tieflohne die Existenz von mehreren Personen nicht sichern, ist dies nur durch zusätzliche Einkommen wie Alimente oder Fürsorgegelder erklärbar.

### 3.4 Ausländische Staatsangehörige

Ausländerinnen und Ausländer sind bei den Working Poor ebenfalls stark übervertreten, obwohl ihr Erwerbsumfang durchschnittlich höher ist als jener der Schweizerinnen und Schweizer. Personen ausländischer Nationalität sind im Vergleich zu den Schweizern und Schweizerinnen häufiger verheiratet, im Alter zwischen 30 und 39 Jahren und leben eher in Paarhaushalten mit einem oder zwei Kindern. Sie sind öfter unselbständig beschäftigt, vielfach im Bau-, Gast- und verarbeitenden Gewerbe oder im Gesundheits- und Sozialwesen. Mehr als doppelt so häufig haben sie nur die obligatorische Schule besucht. Überdurchschnittlich viele sind allerdings auch akademisch gebildet, was auf das Phänomen der Elite-Immigration hinweist. Bei den armen Ausländern und Ausländerinnen fällt diese Elite weg. Die übrigen Charakteristika sind noch stärker ausgeprägt. Zusätzlich leben Arme mit ausländischem Pass häufiger in Familienhaushalten mit drei oder mehr Kindern.

Ähnlich wie bei den Frauen erhöht eine ausländische Nationalität die Working Poor-Gefährdung auch dann, wenn keine anderen lohnrelevanten Unterschiede bestehen. Hier dürfte sich der Umstand widerspiegeln, dass Ausländer und Ausländerinnen trotz sonst gleichen Voraussetzungen schlechtere Lohnbedingungen vorfinden.

### 3.5 Wenig Ausgebildete

Die Gefahr, Working Poor zu werden, wird ganz entscheidend durch das Ausbildungsniveau bestimmt. Personen, die maximal eine Anlehre gemacht haben, machen 32% der Working Poor aus, aber nur 11% der übrigen Bevölkerung. Wird von der Problematik von Haushalten mit nur einem Teilzeiterwerb abgesehen, verringert sich der Working Poor-Anteil mit steigendem Ausbildungsgrad. Dies ist direkt auf die Tieflohnproblematik zurückzuführen, denn wenig qualifizierte Beschäftigte erhalten viel öfter einen Lohn, der nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Die Ausbildung spielt für Frauen und Männer eine vergleichbare Rolle. Bei einem Universitätsabschluss sinkt die Gefahr, Working Poor zu werden, nahezu auf Null. Von

Bedeutung sind auch Weiterbildungsanstrengungen. Wer in den letzten zwölf Monaten weiterbildende Kurse besucht hat, ist in deutlich geringem Mass Working Poor-gefährdet als Personen ohne Weiterbildung.

### 3.6 In Tieflohnbranchen Tätige

In der Landwirtschaft, im Gastgewerbe und bei Erwerbsarbeit in Privathaushalten sind Working Poor stark übervertreten. Das Gastgewerbe und Anstellungen in Privathaushalten stellen typische Niedriglohnbereiche dar. Die tiefen Einkommen in der Landwirtschaft gehen zum Teil auch auf den Umstand zurück, dass ein Teil der Einkommen nicht-monetärer Art ist und in der SAKE nur ungenügend erfasst wird.

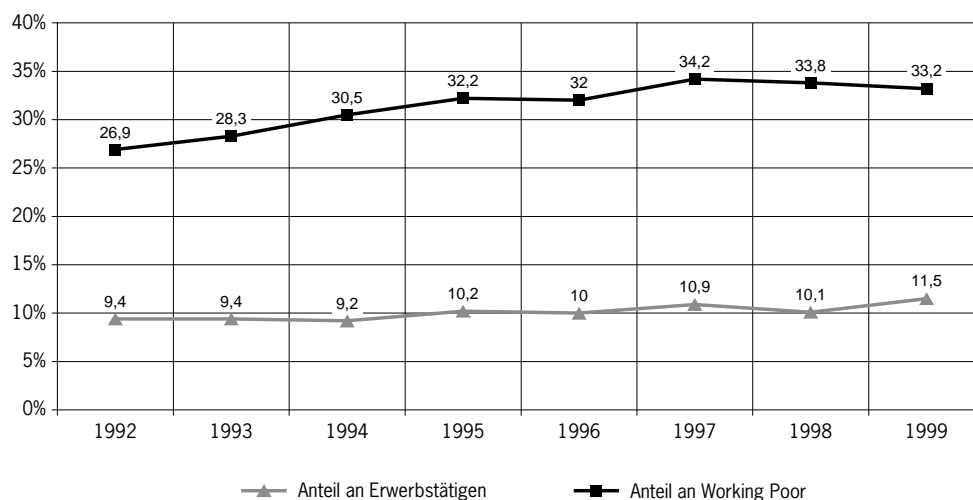
Verhältnismässig wenig Working Poor weisen das verarbeitende Gewerbe, die Kredit- und Versicherungsbranche sowie die öffentlichen Verwaltungen auf. Eine feinere Gliederung nach Berufen zeigt, dass es auch innerhalb des verarbeitenden Gewerbes Tieflohnbranchen gibt. Dies sind insbesondere Textil- und Lederherstellung, Metallverarbeitung und Maschinenbau. Zudem sind Berufe in Verkauf, Verkehr, Kunst und Gebäudereinigung stark betroffen.

Die Regressionsanalyse zeigt schliesslich, dass Beruf und Branche die Working Poor-Betroffenheit nur zu einem kleinen Teil erklären können. Dies erklärt sich durch den Umstand, dass Merkmale von prekären Arbeitsbedingungen, die in Tieflohnbranchen häufig anzutreffen sind, bei dieser Analyse als zusätzliche Erklärungsfaktoren verwendet werden und diese einen Teil der Working Poor-Risikos statistisch erklären.

### 3.7 Beschäftigte in Teilzeit- und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen

Anhand der drei Indikatoren *Teilzeitarbeit*, *flexibilisierte Arbeitszeiten* und *nicht-dauerhafte Arbeitsverträge* wurde untersucht, wie weit Anstellungsverhältnisse, die von der «normalen» Vollzeitstelle abweichen, zum Phänomen der Working Poor beitragen.

Auch wenn *Teilzeitarbeit* mitunter in qualifizierten bis hoch qualifizierten Arbeitsverhältnissen vorkommt, ist dies nach wie vor eher die Ausnahme. Tatsächlich erhöht ein Teilzeiterwerb bei sonst gleichbleibenden Bedingungen – insbesondere gleich vielen Erwerbsstunden im gesamten Haushalt – die Working Poor-Gefährdung beträchtlich. Dies weist darauf hin, dass Teilzeitstellen generell in viel stärkerem Mass von schlechteren Lohnbedingungen betroffen sind als Vollzeitstellen.

**Anteil Teilzeiterwerb (nur Hauptverdienende) an den Erwerbstätigen  
und an den Working Poor 1992-1999, in %**


© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

Anmerkung: Es werden nur Personen einbezogen, die den Hauptverdienst des Haushaltes erwirtschaften

Wie Abbildung 5 zeigt, ist der Anteil der Teilzeit arbeitenden Hauptverdienenden an den Erwerbstätigen im Lauf der 1990er Jahre leicht angestiegen. Ihr Anteil an den Working Poor liegt erwartungsgemäss massiv höher. Teilzeiterwerbende, die den Hauptverdienst des Haushaltes erwirtschaften, gehören mit hoher Wahrscheinlichkeit zu den «Teilzeit-Working Poor».

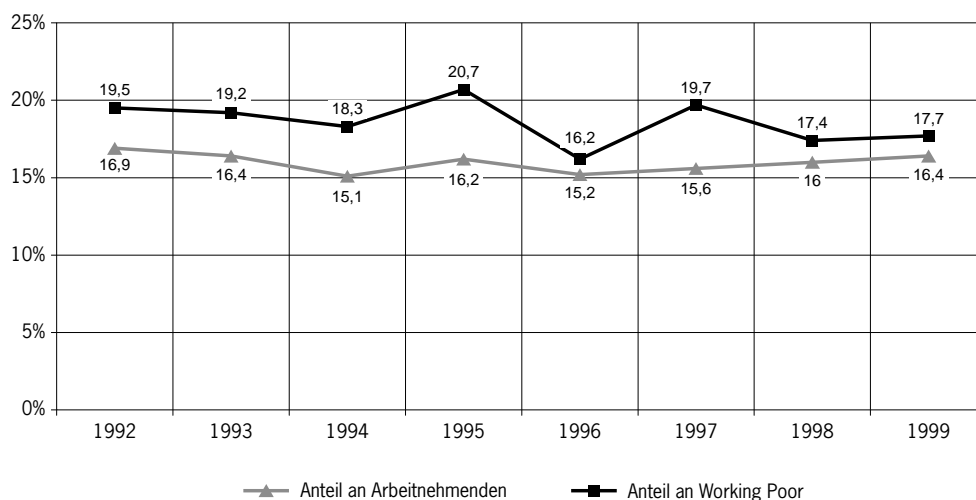
*Flexibilisierte Arbeitszeiten* bedeuten nicht nur Abweichungen von den «normalen Bürozeiten». Sie umfassen auch variierende Strukturen der Arbeitszeit im Tages- und Wochenrhythmus bis hin zur total flexiblen Arbeitszeitstruktur, was einem wesentlichen Merkmal von Arbeit auf Abruf entspricht. Eine Analyse der Arbeitsverhältnisse mit flexibilisierten Arbeitszeiten (vgl. Abbildung 6) zeigt, dass auch bei den am Wochenende und nachts Arbeitenden die Working Poor durchgehend und deutlich übervertreten sind. Dies trifft insbesondere für die «Vollzeit-Working Poor» zu. Überraschenderweise hat der Anteil solcher Arbeitsverhältnisse in den 1990er Jahren nicht zugenommen. Bei den Working Poor ging er sogar leicht zurück, liegt aber immer noch höher als bei den übrigen Erwerbstätigen.

*Nicht-dauerhafte Arbeitsverträge* sind bei Working Poor ebenfalls häufiger anzutreffen als bei nicht armen Erwerbstätigen. Im Lauf der 1990er Jahre hat der Anteil von nicht dauerhaften Arbeitsverträgen an allen Anstellungen zugenommen. Diese Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse trägt zur Armutsgefährdung von Arbeitnehmenden bei.

---

**Entwicklung des Anteils von flexibilisierten Arbeitszeiten, 1992-1999, in %**


---



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

Flexibilisierte Arbeitszeiten: variierende Strukturen der Arbeitszeit im Tages- und Wochenrhythmus

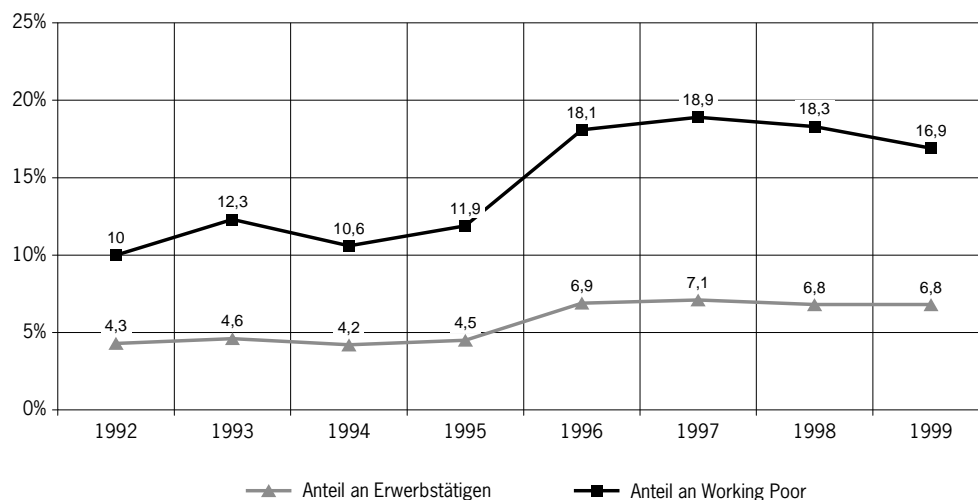
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Working Poor-Anteil bei Teilzeitarbeit sowie bei flexibilisierten und nicht dauerhaften Anstellungsverhältnisse deutlich erhöht ist. Die Situation hat sich hier jedoch – eher entgegen den Erwartungen – in den 1990er Jahren nicht durchwegs verschlechtert.

### 3.8 Solo-Selbständige

Auffällig hoch ist der Anteil der Working Poor bei den Selbständigerwerbenden. Von besonderer Bedeutung ist die Situation der Selbständigen ohne Angestellte, die auch Solo-Selbständige genannt werden und sich zu einem guten Teil aus sogenannten «neuen Selbständigen» zusammensetzen. Dieser Begriff umschreibt Beschäftigungsverhältnisse in der Grauzone zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit. Die «neue Selbständigkeit» weist Elemente der Prekarisierung (unsicherer Lohn und Erwerbsumfang) auf und ist oft Resultat der Ausgliederung von Anstellungsverhältnissen aus Unternehmen oder des Schrittes von Arbeitslosen in die Selbständigkeit.

Solo-Selbständige sind im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten häufiger 40 bis 49 Jahre alt, schweizerischer Nationalität, haben öfter einen Höheren Fachschulabschluss und sind insbesondere im Kredit- und Versicherungswesen, der Immobilienbranche sowie in Handel/Reparatur oder sonstigen Dienstleistungen tätig. Im Kredit- und Versicherungswesen

### Entwicklung des Anteils der Solo-Selbständigen an den Erwerbstätigen 1992-1999, in %



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

dürfte es sich zu einem guten Teil um Versicherungsagenten und -agentinnen und um Tätigkeiten im Allfinanzbereich handeln, im Handel um Kleinstgeschäfte und bei den sonstigen Dienstleistungen um Berufe in Kultur und Unterhaltung oder um persönliche Dienstleistungen wie beispielsweise Coiffure. Die armen Solo-Selbständigen sind dagegen eher etwas jünger (30-39 Jahre) und ledig.

Die Zahl der Solo-Selbständigen ist in den 1990er Jahren deutlich gestiegen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen erhöhte sich von rund 4,5% auf 7%. Diese Entwicklung dürfte massgeblich auf die seit 1993 auf hohem Stand verharrenden Arbeitslosigkeit und die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit durch die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen sein. An den Working Poor machen die Solo-Selbständigen einen nochmals höheren Anteil aus: 10% zu Beginn der 1990er Jahre und 17% am Ende. Zu befürchten ist, dass die armen Solo-Selbständigen nur in ungenügendem Mass berufliche Vorsorge betreiben (können) und im Alter vielfach nur auf die AHV werden zurückgreifen können. Insofern könnte sich die wachsende Zahl der solo-selbständigen Working Poor künftig zu vermehrter Altersarmut führen.

### 3.9 Personen mit Erwerbsunterbrüchen und Betriebsneulinge

Ein Erwerbsunterbruch erhöht für Frauen wie Männer die Gefahr, Working Poor zu werden. Dabei sind Erwerbsunterbrüche bei den Frauen viel häufiger, da sie noch immer oft während einer Familienphase für

gewisse Zeit aus dem Erwerbsleben aussteigen. Auch Leute, die neu im Betrieb sind, gehören öfter zu den Working Poor als die langjährigen Beschäftigten. Dies deutet darauf hin, dass neu Einstiegende häufig tiefere Löhne erhalten. Zudem zählen Personen mit instabilen Arbeitsverhältnissen öfter zu den Betriebsneulingen als Erwerbstätige in stabilen Arbeitsverhältnissen. Auf der anderen Seite verringert eine Betriebszugehörigkeit von mindestens fünf Jahren die Working Poor-Gefährdung in vergleichbarem Umfang wie sie diejenige für neu im Betrieb Arbeitende erhöht.

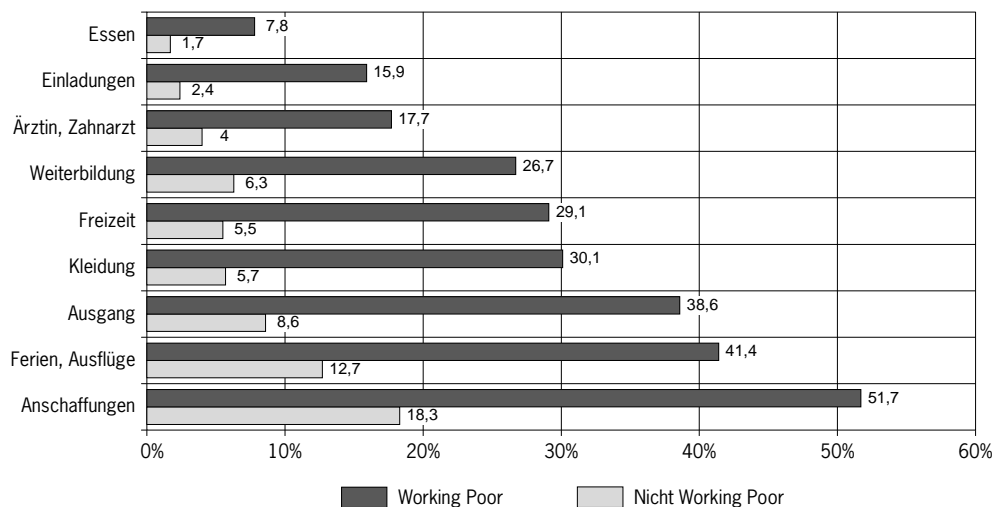
#### 4 Wo schränken sich Working Poor finanziell ein?

Wie stark fühlen sich die Working Poor selber durch ihre Armut finanziell eingeschränkt? Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE fragt auch nach dieser subjektiven Einschätzung und vermittelt dadurch eine erste Vorstellung davon, was es bedeutet, als Working Poor zu leben. Die Befragung erstreckt sich auf neun wichtige Ausgabenbereiche. Drei davon betreffen die *Grundversorgung*: Nahrung, Kleidung und Besuche bei Ärztin oder Zahnarzt. Ein weiterer Ausgabenbereich betrifft die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten durch *Weiterbildung*. Zwei fragen nach Einschränkungen bei der *Pflege sozialer Kontakte* durch Ausgang oder Einladungen. Und die drei letzten decken den «normalen Luxus» ab, den sich die meisten leisten können: Anschaffungen (dauerhafte Konsumgüter wie Auto, Möbel, Stereoanlagen), Freizeit/Hobbys sowie Ferien/Ausflüge. Die Befragten müssen jeweils entscheiden, ob sie sich «überhaupt nicht», «ein bisschen» oder «ziemlich stark» finanziell einschränken müssen.

Die Antworten zeigen, dass sich die Working Poor durchwegs deutlich stärker eingeschränkt fühlen als Erwerbstätige, die nicht arm sind (vgl. Abbildung 8). Dies auch bei der *Grundversorgung*: 35% der Working Poor schränken die Ausgaben fürs Essen «ein bisschen» oder «ziemlich stark» ein, bei den anderen Antwortenden sind es nicht einmal halb so viele. 72% der Working Poor müssen bei den Kleidern sparen, doppelt so viele wie unter den anderen. Gar fünfmal häufiger (30,1% zu 5,7%) als die nicht armen Erwerbstätigen schränken sie sich bei der Bekleidung «ziemlich stark» ein.

Bedenklich stimmt, dass rund 40% der Working Poor bei Arzt- und Zahnartztkosten sparen, 18% sogar «ziemlich stark». Besonders hoch ist die selbst empfundene Einschränkung bei Haushalten, die trotz einem Erwerbseinsatz von über 36 Stunden pro Woche unter der Armutsgrenze

### Starke Finanzielle Einschränkung von Working Poor und nicht Working Poor nach Ausgabenbereichen, in %



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

leben. Jeder fünfte in einem solchen Haushalt lebende Working Poor gibt an, sich bei der Gesundheit «ziemlich stark» einzuschränken. Von diesem Sparzwang sind überdurchschnittlich viele Kinder mitbetroffen.

Was die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten durch *Weiterbildung* betrifft, fühlen sich die Hälfte der Working Poor eingeschränkt (ein Viertel der nicht armen Erwerbstätigen), 26,7% «ziemlich stark» (nicht arme Erwerbstätige 6,3%). Dies deutet darauf hin, dass es für die Working Poor schwieriger als für die restlichen Befragten ist, Ausbildungsdefizite zu kompensieren, obwohl genau diese ihre schwierige Einkommensituation mit verursachen.

Bei der *Pflege sozialer Beziehungen* zeigt sich zwischen den Ausgaben für Ausgang und Einladungen ein recht unterschiedliches Bild. Beim Ausgang fühlen sich über 70% der Working Poor eingeschränkt (36% der nicht armen Erwerbstätigen), fast 40% sogar stark (8,6% der nicht armen Erwerbstätigen). Im Vergleich zu den anderen Befragten schränken sich die Working Poor hier besonders stark ein. Bei den Einladungen ist diese Selbstbeschränkung weniger krass. Hier sparen 40% der Working Poor, 16% «ziemlich stark» (2,4% der nicht armen Erwerbstätigen). Auch wenn die Vergleichszahlen der nicht armen Erwerbstätigen ebenfalls deutlich tiefer liegen, deutet der Unterschied im Sparverhalten der Working Poor doch darauf hin, dass sich ihre sozialen Kontakte gezwungenermassen stärker im privaten Rahmen abspielen, wo sie mit weniger Ausgaben verbunden sind.



Es überrascht kaum, dass die Working Poor beim «normalen Luxus» subjektiv am stärksten an Schranken stossen. Über 80% müssen bei Anschaffungen «ein bisschen» oder «ziemlich stark» sparen. Dieser Prozentsatz ist auch bei den übrigen Erwerbstätigen hoch (60%), ziemlich stark eingeschränkt fühlen sich die Working Poor jedoch fast dreimal so häufig (52% zu 18%). Bei Ferien und Ausflügen sparen 77% der Working Poor, 41% ziemlich stark. Auch hier schränken sich die Working Poor dreimal häufiger ein als die nicht armen Erwerbstätigen (13%). Im Bereich Freizeit/Hobbys ist der Unterschied besonders gross. Nur 37% der Working Poor fühlen sich hier überhaupt nicht eingeschränkt, bei den übrigen Erwerbstätigen ist es eine grosse Mehrheit von 67%. 29% der Working Poor fühlen sich in ihren Freizeitaktivitäten stark eingeschränkt. Dies sind gut fünfmal mehr als bei den nicht armen Erwerbstätigen (5,5%).

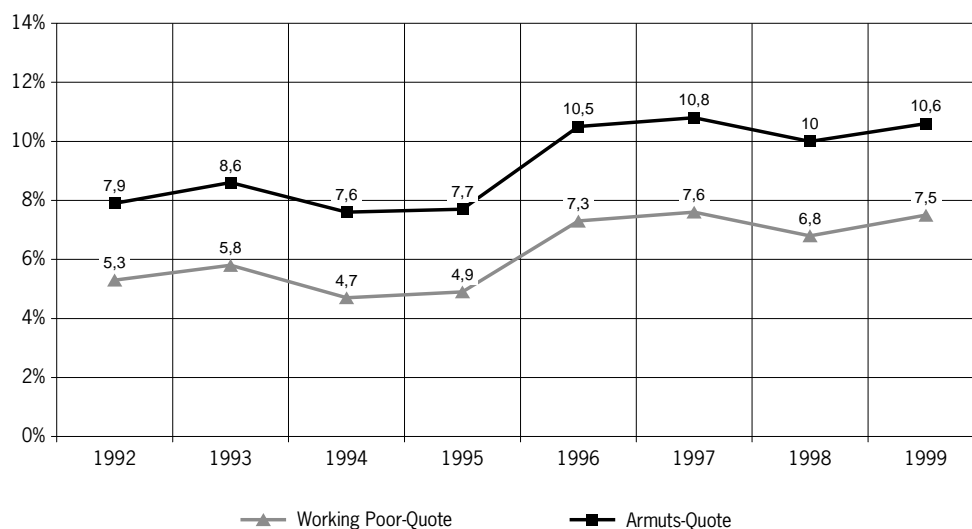
Wird über alle neun Ausgabenbereiche hinweg ein Einschränkungsinde-  
dex gebildet, kumuliert sich die in vielen Bereichen empfundene Ein-  
schränkung der Working Poor. 10% geben an, sich in mindestens sieben  
der neun Ausgabenbereiche ziemlich stark einschränken zu müssen. Bei  
den nicht armen Erwerbstätigen trifft dies nur auf 1% zu.

## 5 Sind die Working Poor ein Phänomen der 1990er Jahre?

Von 1992 bis 1999 hat sich die Working Poor-Quote parallel zur gene-  
rellen Armutsquote der Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöht.  
1992 bis 1995 lag die Working Poor-Quote bei rund 5%, nach 1996 um 7%  
(vgl. Abbildung 9<sup>5</sup>). In absoluten Zahlen stieg die Zahl der Working Poor  
zwischen 1992 und 1999 von 170'000 auf 250'000 an. Die Zahl aller Armen  
im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöhte sich im gleichen Zeitraum von  
310'000 auf 430'000. Die Zunahme um 120'000 Arme geht also zu zwei  
Dritteln auf die Ausbreitung der Armut unter den Erwerbstätigen zurück.

Der Anstieg der Working Poor-Quote zwischen 1995 und 1996 ist pri-  
mär auf Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zwischen  
1995 und 1996 stieg der Anteil von *Solo-Selbständigen* und von *nicht dauer-*  
*haften Arbeitsverträgen* an allen Erwerbstätigen und speziell an den Wor-  
king Poor markant an. Machten die beiden Gruppen 1995 etwa 20% der  
Working Poor aus, so lag ihr Anteil 1996 bei rund 32%. Zur Erhöhung  
der Working Poor-Quote beigetragen hat zudem die *allgemeine Lohnent-*  
*wicklung*. Die SAKE-Daten zeigen zwischen 1995 und 1996 in der Lohn-  
entwicklung einen markanten Bruch. Gesamtwirtschaftlich stieg der

5 Abbildung 9 weist die Quoten ab 1996 dann richtig aus, wenn die Befragten bei der Angabe ihres Haushaltseinkommens auch allfällige Verbilligungen der Krankenkassenprämien berücksichtigen. In dem Masse, wie diesem Transfereinkommen nicht Rechnung getragen wird, wird die Working Poor-Quote zu hoch ausgewiesen. Würden sämtliche Befragten die Prämienverbilligung bei ihrem Einkommen nicht berücksichtigen, wären die Quoten ab dem Jahr 1996 um bis zu maximal 1,5 Prozentpunkte überschätzt.

**Working Poor-Quoten und Armuts-Quoten 1992-1999, in %**

© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

mittlere Lohn (Medianlohn) von 1991 bis 1995 real noch um gut 6% an. 1996 ging er um 2% zurück und blieb danach mehr oder weniger konstant.<sup>6</sup> Gleichzeitig stieg der Mietpreisindex deutlich an.

Die Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes 1996 hat gesamthaft einen leicht armutsvermindernden Effekt ausgeübt. Die starke Erhöhung der KV-Prämien hat zwar die Armut bei denjenigen einkommensschwachen Haushalten erhöht, welche keine Prämienverbilligung bezogen haben. Bei den Haushalten mit beanspruchter Prämienverbilligung ging die Belastung für die Grundversicherung hingegen in erheblichem Ausmass zurück. Ohne Prämienverbilligung hätten die Prämien erhöhungen zu einem Anstieg der Working Poor-Quote um einen Prozentpunkt geführt. Unter realistischen Annahmen über deren Inanspruchnahme<sup>7</sup> bewirkten die Prämienverbilligungen eine Verminderung der Working Poor-Quote um 1,2 Prozentpunkte. Als Nettoeffekt ergibt sich eine Verminderung der Quote um 0,2 Prozentpunkte.

Die Zunahme der Working Poor-Quote Mitte der 1990er Jahre ist weitgehend auf die genannten Arbeitsmarkt-Faktoren zurückzuführen. Verschiedene weitere Faktoren dürften sich in ihren Auswirkungen neutralisiert haben. Die deutliche Erhöhung des Erwerbsumfanges in Paarkönnen mit Kindern hatte einen dämpfenden Effekt auf den Anstieg der Working Poor-Quote. Auf der anderen Seite ist zu vermuten, dass die veränderte Abfrage des Gesamt-Haushaltseinkommens in der SAKE ab 1996 tendenziell zu geringeren Einkommenswerten und somit zu einer Erhöhung der Working Poor-Quote führte.

6 Der Reallohnindex des BFS zeigt eine etwas abweichende Entwicklung. Dies erklärt sich durch den Umstand, dass dieser Index die reine Lohnentwicklung (bei gleichbleibenden Beschäftigungsstrukturen) widerspiegelt. Für die vorliegende Analyse ist die Berücksichtigung aus der SAKE hervorgehender Entwicklung unter Einschluss der strukturellen Verschiebungen adäquat.

7 Unterstellt wird, dass ein Drittel der armen und armutsgefährdeten Haushalte ihren Anspruch nicht geltend machten und die geltend gemachten Prämienverbilligungen bei den armen und armutsgefährdeten Haushalten 60% der Prämien betragen.

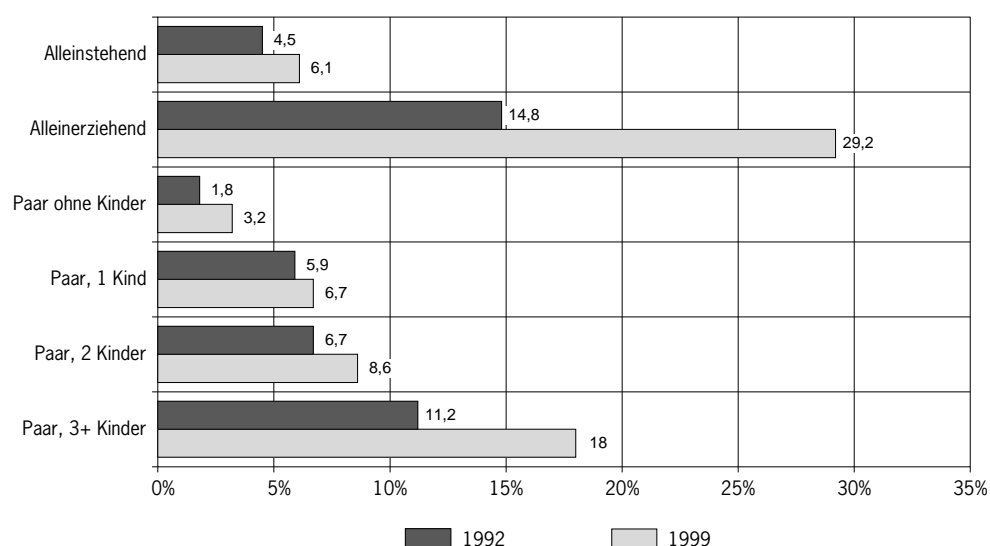
**Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Merkmalen 1992, 1996 und 1999, in %**

	Working Poor-Quote (in %)		
	1992	1996	1999
<b>Geschlecht</b>			
Frauen	4,8	6,9	9,1
Männer	5,4	7,6	6,2
<b>Nationalität</b>			
Ausland	9,1	11,4	12,2
Schweiz	4,1	5,9	6,2
<b>Haushaltstyp</b>			
Alleinstehend	4,5	5,1	6,1
Alleinerziehend	14,8	27,2	29,2
Paar ohne Kinder	1,8	2,2	3,2
Paar mit 1 Kind	5,9	7,7	6,7
Paar mit 2 Kindern	6,7	6,8	8,6
Paar mit 3 und mehr Kindern	11,2	19,0	18,0
<b>Sprachregion</b>			
Deutsche Schweiz	4,5	6,5	6,9
Französische Schweiz	6,9	9,0	8,9
Italienische Schweiz	8,3	6,0	7,4
Insgesamt	5,3	7,3	7,5

Einkommensschwache Haushalte: jährliches Äquivalenzeinkommen (brutto) unter 40'000 Franken

Quelle: SAKE

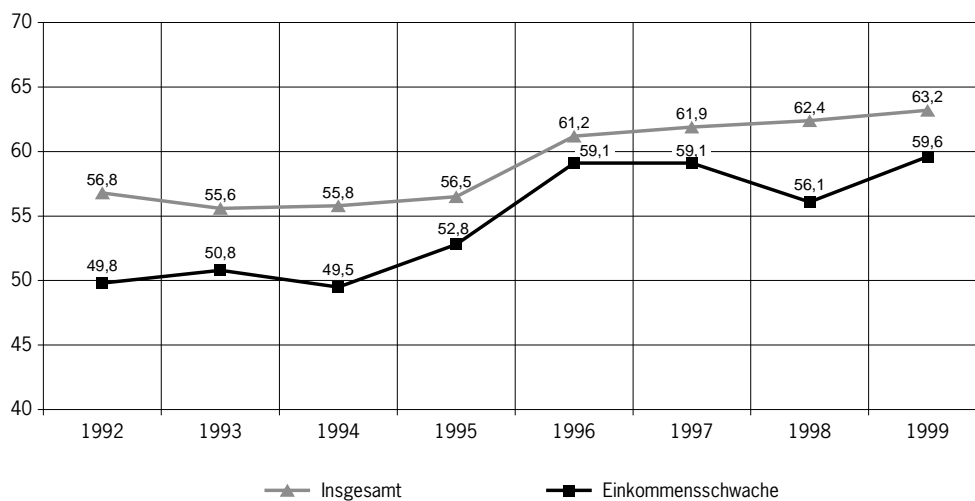
Abbildung 10

**Working Poor-Quoten nach Haushaltstypen 1992 und 1999, in %**


© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

Verändert hat sich seit 1992 nicht nur die Zahl der Working Poor, sondern auch die Zusammensetzung der betroffenen Haushalte. Auffällig ist insbesondere die Zunahme bei den Alleinerziehenden. Die Quote der Working Poor hat sich hier von 14,8% im Jahr 1992 auf 29,2% im Jahr 1999

**Erwerbsumfang in Paarhaushalten mit Kindern insgesamt und für Einkommensschwache 1992-1999 (durchschnittliche Wochenstunden)**


© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

fast verdoppelt. Doch auch kinderreiche Familien sind von der Zunahme überproportional betroffen (von 11% auf 17%), obwohl ihr Erwerbsumfang gleichzeitig zunahm.

Die wachsende Bedeutung des Working Poor-Phänomens im Lauf der 1990er Jahre wird noch dadurch unterstrichen, dass es gleichzeitig eine Tendenz zur Erhöhung des Erwerbsumfanges gibt. Zwischen 1995 und 1999 sank der Anteil der Haushalte mit 36-45 Wochenstunden Erwerbsarbeit um rund 4 Prozentpunkte, der Anteil der Haushalte mit mehr als 75 Wochenstunden nahm um rund 4 Prozentpunkte zu. Die Vermutung liegt nahe, dass arme Haushalte im Lauf der 1990er Jahre ihre finanzielle Situation durch Ausdehnung der Erwerbsarbeit aufzubessern versuchten. Ohne dieses verstärkte Erwerbseingagement wäre der Anstieg der Working Poor-Quote noch erheblich stärker ausgefallen.

Besonders stark zugenommen hat der Erwerbsumfang bei Paarhaushalten mit Kindern und mindestens 36 Wochenstunden Erwerbsarbeit. Der durchschnittliche Erwerbsumfang stieg in diesen Haushalten zwischen 1992 bis 1999 um gut 6 Wochenstunden oder 11% an. Bei einkommensschwachen Familienhaushalten<sup>8</sup> beträgt der Anstieg sogar fast 20% (bezogen auf das Äquivalenzeinkommen, siehe Fussnote 2) -einzig bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien ist er mit 7% deutlich tiefer. Für sie sind offensichtlich die Möglichkeiten zur Steigerung des Erwerbsumfanges begrenzt.

<sup>8</sup> Als einkommensschwach werden Haushalte betrachtet, deren jährliches Bruttoeinkommen umgerechnet auf einen Einpersonenhaushalt (Äquivalenzeinkommen) unter 40'000 Franken liegt.

## 6 Absturzgefahr und Auffangchancen

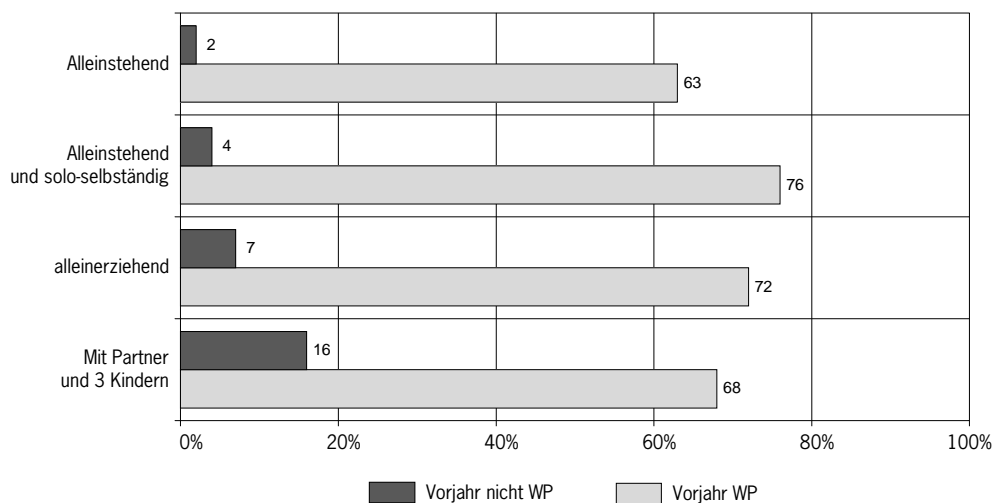
Da die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE die gleichen Personen im allgemeinen während fünf Jahren hintereinander befragt, ist es möglich, ihre Einkommensverhältnisse über diese Zeit zu verfolgen. Aufgrund der zu geringen Zahl der Befragten bei den «Teilzeit-Working Poor» können die betreffenden Analysen nur für die Gruppe der «Vollzeit-Working Poor» durchgeführt werden. Working Poor umfassen im folgenden nur die «Vollzeit-Working Poor» aus Haushalten mit mindestens 36 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche. Die «Teilzeit-Working Poor» werden bei den übrigen Armen subsummiert.

Die Analyse der Übergänge zwischen «Working Poor», «übrige Arme» und «nicht Arme» von einem Jahr zum nächsten zeigt, dass Personen, die im Vorjahr Working Poor waren, dies im Folgejahr knapp zur Hälfte weiterhin sind. Zählt die Person schon im Vorjahr zu den Working Poor, beträgt die Wahrscheinlichkeit auch im Folgejahr Working Poor zu bleiben 43%, war sie sonst arm, beträgt sie 11%, war sie nicht arm, unter 2%. Diese Abhängigkeit von den Verhältnissen im Vorjahr wird durch die Regressionsanalyse bestätigt. Der Einkommensstatus im Vorjahr trägt mehr als jeder andere Faktor zur Erklärung des Status im laufenden Jahr bei. Dies bedeutet aber nicht, dass ein Herauskommen aus dem Working Poor-Status nicht mehr möglich ist. Gut zur Hälfte gehören die Working Poor aus Haushalten mit mindestens 36 Erwerbsstunden im nächsten Jahr nicht mehr zu den Armen. Und sie wechseln nur selten zu den übrigen Armen.

Armuts- und Nicht-Armutszustände wechseln sich trotz der Abhängigkeit vom Vorjahresstatus typischerweise wiederholt ab, und es lässt sich eine erstaunliche Mobilität beobachten: Von allen 20- bis 59-Jährigen war fast ein Fünftel innerhalb von fünf Jahren mindestens einmal arm, von den Frauen sogar ein Viertel. Temporäre Armut ist also ein erstaunlich verbreitetes Phänomen in der schweizerischen Bevölkerung.

Diese Ergebnisse scheinen auf den ersten Blick widersprüchlich: Einerseits besteht eine grosse Statusabhängigkeit. Von einem Jahr zum nächsten beispielsweise werden weniger als 2% der nicht Armen Working Poor. Andererseits ist eine hohe Mobilität festzustellen, da die Hälfte der Working Poor im Vorjahr nicht arm waren. Der Widerspruch ist durch die unterschiedliche Grösse der zwei Gruppen der Nicht-Armen und der Working Poor zu erklären. Weil die Gruppe der Nicht-Armen mit rund 94% den bei weitem grössten Anteil an der Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter ausmacht, stellen Leute, die im Vorjahr nicht arm waren, mehr als die Hälfte aller Working Poor des Folgejahres, obwohl ihre individuelle Wahrschein-

**Working Poor- Wahrscheinlichkeit für Frauen ohne nachobligatorische Ausbildung nach Haushaltstyp, Deutschschweiz, 1996-1999, in %**



© Bundesamt für Statistik

Quelle: SAKE

lichkeit, Working Poor zu werden, gering ist. Möglicherweise ist die hohe Mobilität jedoch auch überzeichnet, da Menschen, die dauerhaft Working Poor bleiben, eher aus der Befragung aussteigen als nicht Arme (Selektionseffekt).

Mit anderen Merkmalen kombiniert, kann für Working Poor trotz der mindestens 36 Erwerbsstunden pro Woche und Haushalt die Wahrscheinlichkeit, auch im nächsten Jahr Working Poor zu bleiben, markant steigen. Dies ist in Abbildung 12 an einem Beispiel illustriert. Eine alleinstehende Frau hat ein tiefes Risiko, Working Poor zu werden (2%). Stark gefährdet ist sie jedoch, falls sie bereits im Vorjahr Working Poor war (63%). Ist sie zusätzlich solo-selbständig, alleinerziehend oder lebt sie in einem Familienhaushalt mit mindestens drei Kindern, steigt diese Gefährdung weiter an.

Eine genauere Analyse jener Befragten, die in den letzten fünf Jahren sowohl Armut als auch Nicht-Armut erlebten, zeigt keine eindeutigen Entwicklungstendenzen – z.B. von Armut zu Nicht-Armut oder umgekehrt: Es kommen alle möglichen Verläufe von Armut zu Nicht-Armut, von Nicht-Armut zu Armut oder von mehrfachen Wechseln zwischen den beiden Zuständen vor. Hier erstaunt, dass der Übergang von Working Poor zu nicht arm sehr viel häufiger auftritt als der Übergang zu den übrigen Armen. Es scheint also gerade nicht so zu sein, dass Working Poor wiederholt erwerbslos werden und anschliessend wieder einen (schlecht

bezahlten) Job finden oder dass sich der Beschäftigungsgrad im Haushalt auf weniger als 36 Erwerbsstunden reduziert. Hingegen kann vorsichtig gefolgert werden, dass Personen, die in einem Jahr zu den Working Poor zählen, über längere Zeit erwerbstätig bleiben und in einem Haushalt leben, dessen Gesamt-Erwerbsumfang dauerhaft über 36 Stunden pro Woche liegt. Jedoch wechseln sich Phasen mit höherem Erwerbsumfang und Phasen mit geringerem Erwerbsumfang ab, sei es durch Schwankung des Arbeitsvolumens, durch Zweitjobs oder durch die Veränderung der Erwerbstätigkeit der Partnerin bzw. des Partners.

Ein Vergleich der Übergänge in den Status von Working Poor und daraus heraus zeigt erstaunlicherweise kaum Unterschiede bezüglich Alter, Geschlecht oder Nationalität. Vieles deutet darauf hin, dass sich Armut und Nicht-Armut bei den Erwerbstätigen abwechseln, und die finanzielle Situation durch eine grosse Instabilität gekennzeichnet ist. Zu den dauerhaft Working Poor in Haushalten mit mindestens 36 Erwerbsstunden pro Woche gehören insbesondere Männer im Alter von 30 bis 39 Jahren, ausländische Staatsangehörige sowie Paare mit drei und mehr Kindern. Diese Charakteristika unterscheiden sie deutlich von den übrigen dauerhaft Armen – auch von den «Teilzeit-Working Poor»: Diese sind insbesondere Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren, Schweizerinnen, Alleinstehende, Alleinerziehende oder Paare ohne Kinder (letztere tauchen gehäuft auf, weil Paarhaushalte mit Kindern meist mehr als 36 Erwerbsstunden pro Woche aufweisen und damit zu den «Vollzeit-Working Poor» gehören).

Die festgestellte hohe Mobilität in und aus dem Working Poor-Status sagt an sich noch nichts über das Ausmass der finanziellen Verbesserung oder Verschlechterung aus. Die Armutsschwelle kann auch durch geringfügige Änderungen des Haushaltseinkommens oder der Zwangsausgaben (wie Miete und Krankenversicherung) über- oder unterschritten werden. Deshalb setzt hier eine weiterführende Untersuchung an. Die Einkommen aller erwerbstätigen Haushalte werden dazu in Zehn-Prozent-Stufen geordnet, um die relativen Positionen sichtbar zu machen. Dabei zeigt sich über die Jahre hinweg an beiden Enden der Einkommensverteilung eine sehr hohe Verbleibetendenz. Wer zum untersten Einkommenszehntel gehört, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 87% auch im nächsten Jahr in den drei untersten Einkommenszehnteln anzutreffen. Dieser Befund relativiert die Mobilität der Working Poor. Sie haben zwar durchaus eine Chance, in einem Folgejahr über das Existenzminimum hinaus zu kommen, an ihrer Position am unteren Ende des Einkommensgefüges ändert sich aber kaum etwas.

## 7 Zusammenfassende Einschätzung

Die Working Poor-Quote hat in den 1990er Jahren zugenommen. Bei Alleinerziehenden und bei Paaren mit drei und mehr Kindern erhöhte sie sich sogar dramatisch. Dies obwohl gerade Paare mit Kindern ihren Erwerbsumfang deutlich steigerten. Der Anstieg ist weitgehend auf Arbeitsmarktfaktoren zurückzuführen: die Zunahme der Solo-Selbständigen und Beschäftigten mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen sowie die allgemeine Lohnentwicklung.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind unterschiedlich gefährdet, Working Poor zu werden. Besonders betroffen sind Personen mit ausländischer Nationalität, Frauen, Leute mit Kindern, mit geringer Ausbildung und in Tieflohnbranchen wie Gastgewerbe, Detailhandel oder Hauswirtschaft. Sie arbeiten vielfach solo-selbständig, Teilzeit, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, ausserhalb der normalen Arbeitszeiten und ihre Erwerbsbiographien weisen oft Unterbrüche oder häufige Stellenwechsel auf. Die Gefährdung kumuliert sich, wenn mehrere dieser Faktoren zusammenkommen.

Die individuelle Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, ist sehr unterschiedlich, je nachdem, ob jemand schon im Vorjahr Working Poor war oder nicht. Dies heisst nicht, dass es aus dem Status der Working Poor keinen Ausweg mehr gibt: Mehr als die Hälfte der Working Poor leben im nächsten Jahr über der Armutsgrenze. Allerdings verbleiben die meisten von ihnen trotzdem am untersten Ende der Einkommensverteilung.

Das Phänomen der Working Poor kann nicht durch einen einzelnen Faktor erklärt werden. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel von arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Faktoren, der Familiensituation und der Entwicklung der Lebenskosten, ob jemand trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgrenze lebt oder nicht. Dabei kristallisieren sich drei hauptsächliche Armutsriskien heraus: Tieflohn, Kinder und stark steigende Zwangsausgaben.

Im Rahmen der vorliegenden Studie können Massnahmen zur Verbesserung der Situation von erwerbstätigen Armen lediglich im Sinn eines Ausblickes skizziert werden (für eine eingehendere Diskussion siehe Liechi & Knöpfel 1998, 104f).

Das *Armutsrisiko Tieflohn* lässt sich durch verschiedene Massnahmen verringern: Auf dem Arbeitsmarkt kann per Gesetz oder Gesamtarbeitsverträge ein Mindestlohn festgelegt werden. Als Alternative werden staatliche Lohnzuschüsse zur Aufstockung von Tieflöhnen diskutiert. Im ganzen Bereich von prekären Arbeitsverhältnissen stellt sich zudem die



**Armutsrisiken, Ursachen und mögliche Massnahmen**

Armutsrisiko	Besonders gefährdete Gruppen	Ursachen und verstärkende Faktoren	Mögliche Massnahmen
Tieflohn	Ausländerinnen und Ausländer, Frauen	Ausbildung, Branche/Beruf, Solo-Selbständigkeit, Teilzeiterwerb	Qualifizierungsmassnahmen und Mobilitätschancen im Bildungsbereich, Mindestlohn oder Lohnzuschüsse im Niedriglohnbereich, arbeitsrechtliche Besserstellung von prekären Arbeitsverhältnissen, Abschaffung des BVG-Koordinationsabzugs zur Vermeidung von Altersarmut
Kinder	Alleinerziehende, Paare mit drei und mehr Kindern	Direkte Kinderkosten Indirekte Kinderkosten (Reduktion der Erwerbsarbeitszeit)	Senkung der Krankenversicherungsprämien für Kinder, Ausbau der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, Ausbau der familienergänzenden Betreuung
Stark steigende Zwangsausgaben (KV, Miete, Steuern)	Alle armutsgefährdeten Gruppen	Steigende Gesundheits- und Wohnausgaben, mangelnde Steuerentlastung	Allgemeine und spezifische Verbilligungen, einkommensabhängige KV-Prämien, Steuerbefreiung bis zum Existenzminimum

Frage nach arbeitsrechtlichen Minimalbedingungen. Langfristig sind bildungspolitische Massnahmen von hervorragender Bedeutung im Kampf gegen Tieflohne. Mit einem hochwertigen und allgemein zugänglichen Aus- und Weiterbildungssystem können Qualifikationen und somit berufliche Chancen der unteren Beschäftigungsgruppen angehoben werden. Schliesslich drängen sich auch Massnahmen bei der sozialen Sicherung auf. Insbesondere kann durch Reformen bei der beruflichen Vorsorge (Verminderung des Koordinationsabzugs) verhindert werden, dass Tieflohnbeziehende im Alter ungenügend abgesichert sind.

Finanzielle Erleichterungen für Familien können das *Armutsrisiko Kinder* senken: bessere Leistungen des Familienlastenausgleichs wie ein Ausbau des Kinderzulagen, die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien oder vermehrte Steuererleichterungen. Durch den Ausbau kostengünstiger familienergänzender Kinderbetreuung und weitere Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Blockzeiten, Tagesschulen) kann die Erwerbskapazität der Familien erhöht werden.

Massnahmen gegen das *Armutsrisiko der stark steigenden Zwangsausgaben* müssen bei den einzelnen Belastungen ansetzen. Zu denken ist etwa an die Weiterentwicklung der einkommensabhängigen Verbilligung der Krankenkassenprämien und an die Förderung von günstigem Wohnraum. Zudem werden arme Haushalte immer noch in erheblichem Ausmass bei den Staatssteuern zur Kasse gebeten. Working Poor zahlen je nach

Familiensituation durchschnittlich direkte Steuern im Umfang von 5,4% bis 7,1% ihres Bruttoeinkommens. Die Steuerbefreiung des Existenzminimums ist hier eine naheliegende Massnahme.

## **Literatur**

**BFS Bundesamt für Statistik (1999):** Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel.

**Deutsch Joseph, Yves Flückiger, Jacques Silber (1999):** La population des «bas salaires» et des «Working Poor» en Suisse, in: BFS (1999), S. 247-275.

**Leu Robert E., Stefan Burri, Tom Priester (1997):** Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Haupt, Bern.

**Liechi Anna, Carlo Knöpfel (1998):** Trotz Einkommen kein Auskommen – Working Poor in der Schweiz, Caritas, Zürich.

**Ponthieux Sophie & Pierre Concialdini (2000):** Niedriglöhne und arme Erwerbepersonen – Ein Vergleich zwischen Frankreich und den USA, in: WSI-Mitteilungen 8/2000, S. 521-533.

**Strengmann-Kuhn Wolfgang (1999):** Statistische Instrumente zur Erfassung von Working Poor: Die Situation in Deutschland, in: BFS: Armut verstehen – Armut bekämpfen, S. 221-245.

**Tillmann Robin (1996):** Niedrige Einkommen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Entwicklung einiger Indikatoren der SAKE 1991-1995, SAKE-News Nr. 5, Bundesamt für Statistik, Bern.

## Armut im Kanton Zürich und in der Schweiz

### *Kurzfassung*

Parallel zur Untersuchung des BFS «Working Poor in der Schweiz» veröffentlichte das Statistische Amt des Kantons Zürich eine Studie zur Armut im Kanton Zürich mit spezieller Berücksichtigung der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Untersuchung basiert auf den Grundlagen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) und ist in den Statistischen Berichten des Kantons Zürich<sup>1</sup>, Heft 4/2000 publiziert. Die Studien des BFS und des Statistischen Amtes des Kantons Zürich wurden an einer gemeinsamen Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

### *Warum eine Armutsstudie für Zürich?*

In Zürich, dem bedeutendsten Wirtschaftszentrum der Schweiz, ist das Stellenangebot reichhaltiger als in anderen Agglomerationen, hier werden auch die höchsten Löhne der Schweiz ausbezahlt<sup>2</sup>. Bisherige Armutsstudien ergaben denn auch, dass Armut in Zürich weniger verbreitet ist als anderswo<sup>3</sup>. Nicht berücksichtigt wurden darin jeweils die Lebenshaltungskosten. In Zürich sind aber nicht nur die Einkommen, sondern auch die Preise höher als andernorts; der Effekt davon auf die Armutsverbreitung wurde bisher wenig untersucht. Neun Jahre nach der ersten Zürcher Armutsstudie<sup>4</sup> misst die vorliegende Untersuchung die Armut im Kanton Zürich und setzt sie in Bezug zur übrigen Schweiz. Dabei wurden die regionalen Besonderheiten der Steuerbelastung, der Versicherungskosten, der Mietpreise und der Lebenshaltungskosten berücksichtigt.

### *SAKE als Datenquelle*

Seit 1991 lässt der Kanton Zürich die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung mit einer erweiterten Stichprobe durchführen. Die vorliegende Arbeit setzt den Grundstein zu einer kontinuierlichen Beobachtung der Armut im Kanton Zürich. Da die Datenbasis trotz überproportionaler Stichprobe relativ klein ist und nur beschränkte Aussagen erlaubt, wurde das Datenmaterial zur Beantwortung differenzierterer Fragen künstlich vergrössert: Die SAKE-Erhebungen 1991, 1995 und 1999 wurden zusammengeführt zu einem Datensatz, der die gesamten Neunzigerjahre repräsentiert. Neben dem Kanton Zürich wurden die Berechnungen zu Vergleichszwecken auch für die gesamte Schweiz durchgeführt. Die vorliegende Zusammenfassung konzentriert sich vor allem auf die gesamtschweizerischen Resultate.

1 Rey U., Armut im Kanton Zürich, Statistische Berichte des Kantons Zürich, Heft 4/2000. Zu bestellen beim Statistischen Amt des Kantons Zürich, Bleicherweg 5, Postfach, 8090 Zürich, Tel. 01 225 12 00, Fax 01 225 12 97

2 Vgl. die einschlägigen Statistiken des BFS: Betriebszählung 1998 und Lohnstrukturerhebung 1998.

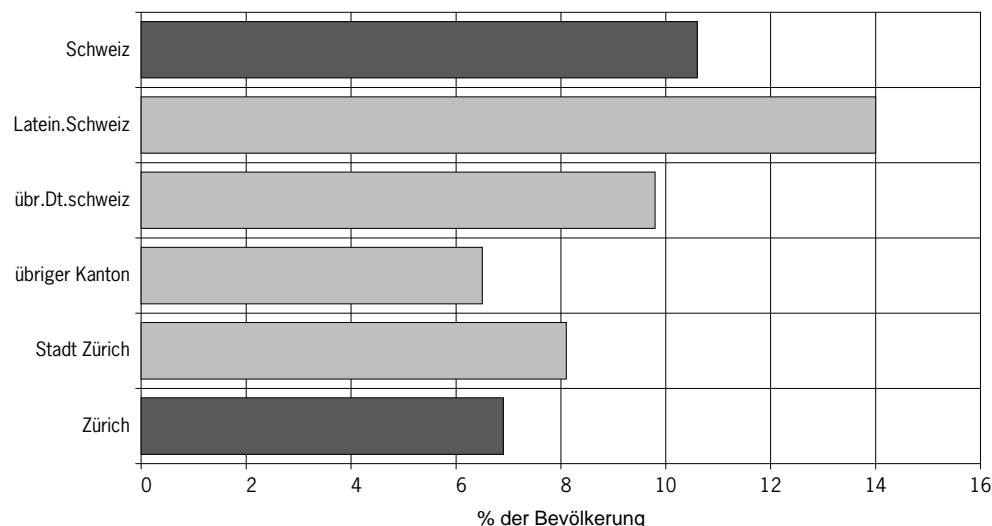
3 Vgl. kürzlich Suter C./Mathey M.-C., Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen, Info:social 3/2000, S. 17.

4 Farago P., Füglistaler P., Armut verhindern: Die Zürcher Armutsstudien, Zürich 1992.

## Armutsquote

Die durchschnittliche Armutsquote für die Neunzigerjahre beträgt im Kanton Zürich 5,1 Prozent. Für das Jahr 1999 sind es 6,9 Prozent. In der übrigen Schweiz ist die Armutsquote unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Preisniveaus deutlich höher als in Zürich, gesamtschweizerisch ergibt sich für 1999 eine Quote von 10,6 Prozent.

### Armutsquote 1999 nach Region



Quelle: SAKE

## Methodische Bemerkungen

Die ausgewiesenen Zahlen erfassen Armut ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt finanzieller Ressourcen. Als arm gilt in der Untersuchung, wer eine finanzielle Mindestausstattung nicht erreicht. Diese sogenannte Armutsgrenze entspricht dem Aufwand zur Deckung des Grundbedarfs, wie er von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS berechnet und als Richtlinie für die Kantone veröffentlicht wird. Wer weniger verdient, hat Anspruch auf Sozialhilfe; wer in der SAKE ein tieferes Einkommen<sup>5</sup> angibt, gilt in der Untersuchung als arm. Für einen Einpersonenhaushalt bedeutet dies, dass monatlich 1'110.– Fr. für alle Ausgaben ohne Steuern, Grundversicherung und Wohnkosten reichen müssen.

### Grundbedarf für den Lebensunterhalt

Grundbedarf 1 und Grundbedarf 2 nach SKOS 1999

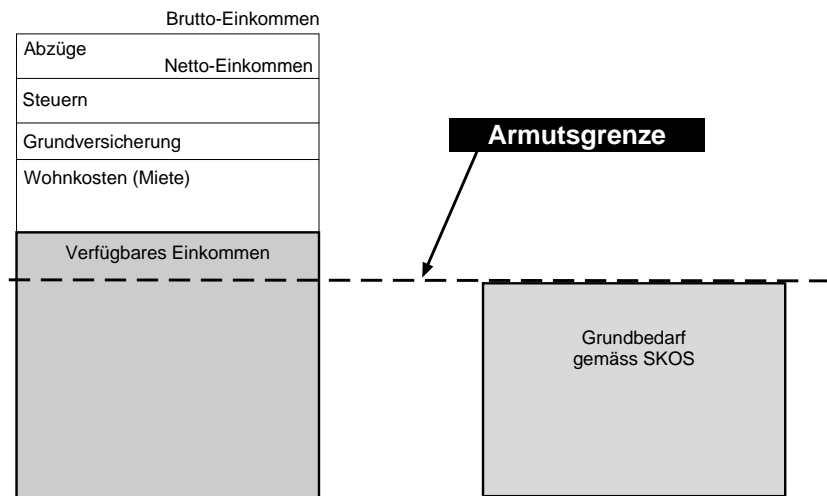
1 Person	1 110.– Fr.
2 Personen	1 700.– Fr.
3 Personen (1-2 Kinder)	2 070.– Fr.
4 Personen (2 Kinder)	2 375.– Fr.

5 inklusive allfällige Sozialhilfe

---

## Einkommen und Armutsgrenze

---



Die ausgewiesene Armutsquote bezieht sich nicht nur auf die Erwerbstätigen, sondern sie repräsentiert die gesamte Armutsbevölkerung; gezählt werden auch die Kinder in Haushalten unter der Armutsgrenze. Betagtenhaushalte wurden bei der Untersuchung grundsätzlich nicht berücksichtigt.

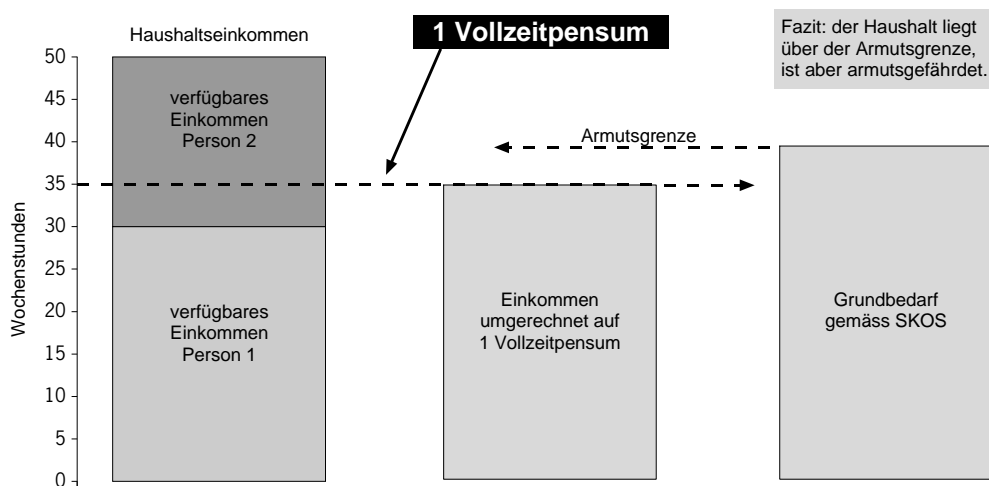
### *Working Poor*

Die Haushalte unter der Armutsgrenze wurden weiter untergliedert in sogenannte Working Poor und übrige Arme. Als Working Poor gelten Mitglieder von Haushalten, in denen das gesamte Erwerbsspensum 36 Wochenstunden und mehr beträgt, und die dennoch die Armutsschwelle unterschreiten. Die Resultate zeigen, dass in der Schweiz zwei Drittel der Armutsbevölkerung zu den Working Poor gehören, nämlich 7,5 Prozent. Von den verbleibenden 3 Prozent sind 0,7 Prozent arbeitslos und 2,3 Prozent nicht oder weniger als 36 Stunden erwerbstätig. Oft handelt es sich hier um alleinerziehende, ausgesteuerte oder nicht erwerbsfähige Personen.

### *Armutsgefährdete*

In den Neunzigerjahren war eine deutliche Erhöhung der Teilzeitarbeit zu beobachten. Insbesondere nehmen heute deutlich mehr Frauen am Erwerbsleben teil. Eine doppelte Erwerbstätigkeit erhöht das Haushaltseinkommen. Inwiefern der Lebensunterhalt von Familien nur dank solcher zusätzlicher Erwerbstätigkeit gewährleistet ist, wurde in der Studie

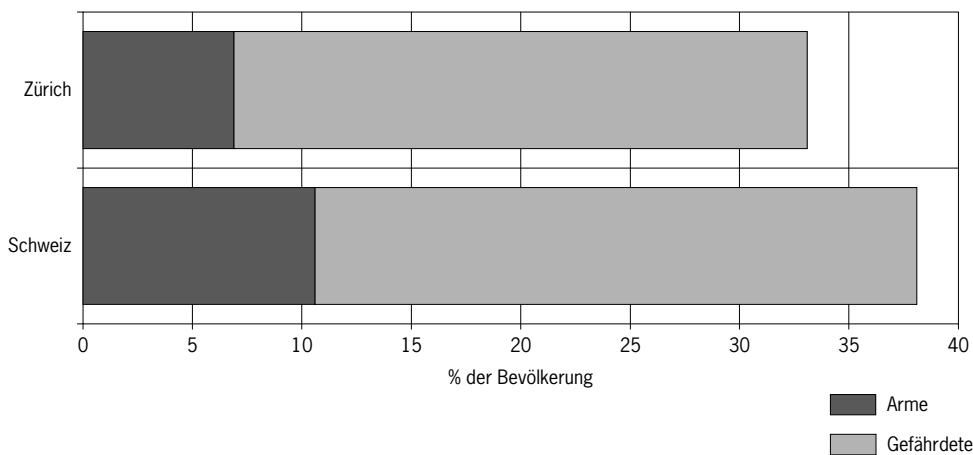
## Bestimmung von Armutsgefährdung



speziell untersucht. Als armutsgefährdet in diesem Sinne gelten Haushalte mit zwei erwerbstätigen Personen, bei denen das verfügbare Einkommen bei der Reduktion auf ein einzelnes Vollzeitpensum unter die Armutsgrenze fallen würde.

Unter Einbezug der Armutsgefährdeten erhöht sich der mit Armut konfrontierte Bevölkerungsanteil deutlich auf über 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Armutsquote im engeren Sinne zeigt also nur die Spitze eines Eisbergs von Personen, die stark auf das Einkommen achten bzw. bei denen ein erhöhtes Erwerbspensum von existentieller Bedeutung ist.

## Armutsquote und Armutsgefährdung 1999

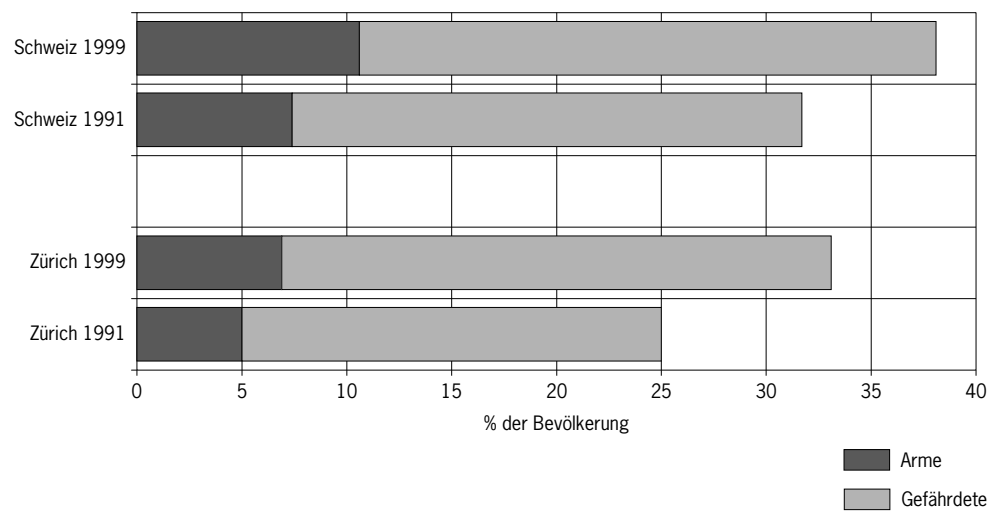


Quelle:SAKE

## Zeitliche Entwicklung

In der vorliegenden Arbeit wurde die Armutsverbreitung für die Jahre 1991 und 1999 gemessen. Im Verlauf der Neunzigerjahre ist die Armut klar angestiegen, sowohl was die Armutsquote im engeren Sinn als auch der Anteil der Armutsgefährdeten betrifft. Es sind heute mehr Leute auf Zusatzverdienst angewiesen als noch vor zehn Jahren. Dies gilt auch für den Kanton Zürich. War 1991 noch 20 Prozent der Bevölkerung auf Zusatzverdienst angewiesen, so war es 1999 schon 25 Prozent, die ohne solche zusätzlichen Einkommen unter die Armutsgrenze fallen würden.

### Entwicklung von Armutsquote und Armutsgefährdung



Quelle: SAKE

## Armut und Ausbildung

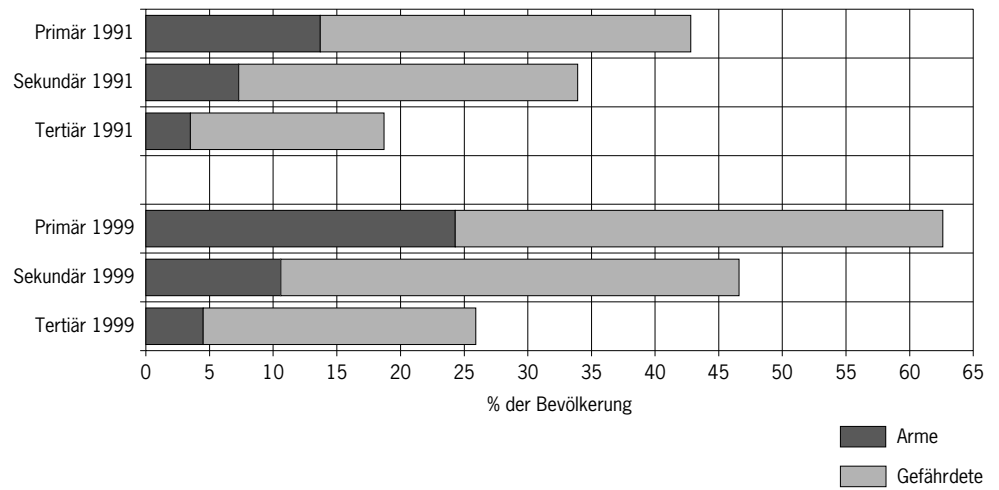
Heute wird eine überobligatorische Ausbildung zunehmend zur Notwendigkeit: Von den Personen, die nur die primäre Ausbildungsstufe, also keine Lehre o.ä. absolviert haben, gehören heute über 20 Prozent zur Armutsbevölkerung, mehr als die Hälfte ist im weiteren Sinne armutsgefährdet. Kaum ein Viertel so hoch ist das Armutsrisiko bei Absolvent/innen einer tertiären Ausbildung<sup>6</sup>. Das geringste Armutsrisiko weisen dabei HTL-Absolvent/innen auf.

Im Verlauf der Neunzigerjahre zeichnet sich dabei eine klare Akzentuierung der Tendenz ab: das Armutsrisiko von Personen mit Primärausbildung wuchs um fast 80 Prozent an, während es bei tertiär Ausgebildeten «nur» um 30 Prozent zunahm.

<sup>6</sup> Höhere Berufsbildung (Universität, HTL, Meisterdiplom usw.)

## Ausbildung und Armutsrisiko / Armutsgefährdung

Ganze Schweiz; Vergleich 1991 mit 1999

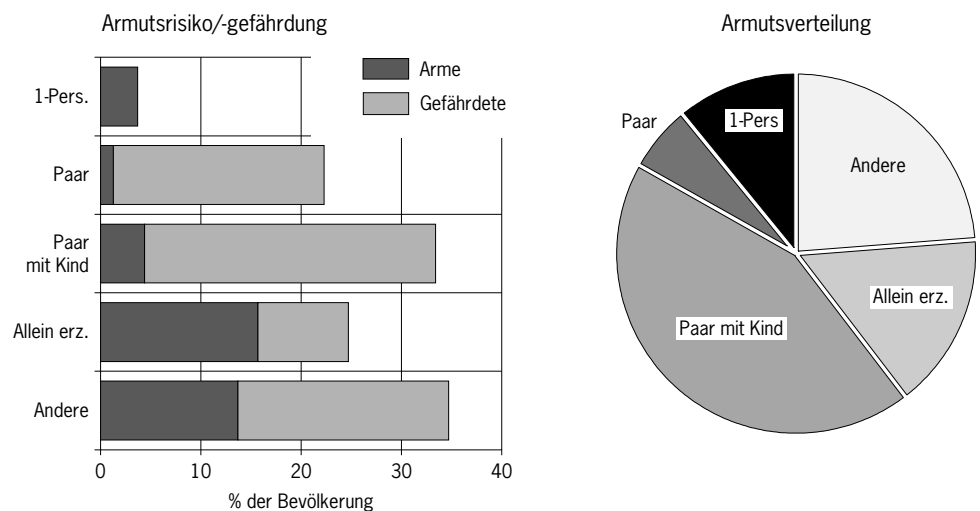


Quelle: SAKE

## Armut und Lebensform

Unter den verschiedenen Haushaltstypen besteht bei Alleinerziehenden das höchste Armutsrisiko. Im Kanton Zürich leben 16 Prozent der Alleinerziehenden und damit auch ihre Kinder unter der Armutsgrenze; in der übrigen Schweiz sogar mehr als 20 Prozent. Zwar umfasst dieser Haushaltstyp nur 5 Prozent der Bevölkerung; aufgrund des hohen Armutsrisikos betrifft dies aber einen Sechstel der Armutsbevölkerung.

## Armut und Haushaltstyp (Kanton Zürich; Mittelwert 1991/1995/1999)



Quelle: SAKE



Leicht überdurchschnittlich armutsbetroffen sind auch Paare mit Kindern. Da rund die Hälfte der Bevölkerung in solchen Zweielternfamilien<sup>7</sup> wohnt, kommen aus dieser Gruppe über 40 Prozent der gesamten Armutsbevölkerung.

Relativ hoch ist das Armutsrisiko auch bei Einpersonenhaushalten<sup>8</sup>. Am tiefsten ist das Armutsrisiko bei Paarhaushalten ohne Kinder. Die Armutsgefährdung ist mit über 20 Prozent aber auch bei diesen Haushalten beachtlich hoch. Es dürfte sich dabei zu einem guten Teil um Haushalte handeln, die sich Kinder finanziell nicht leisten können.

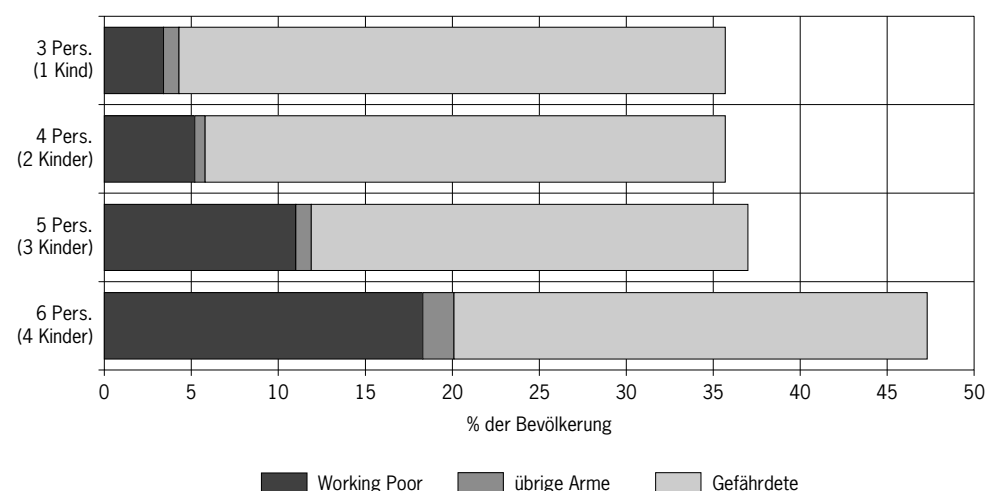
### Haushalte mit Kindern

Mit wachsender Kinderzahl erhöht sich das Armutsrisiko deutlich. Bei drei Kindern ist es doppelt, bei vier Kindern vier mal so hoch wie bei zwei Kindern. In Paarhaushalten mit einem bis drei Kindern (dazu gehört fast die Hälfte der Bevölkerung unter 60 Jahren) sind mehr als 30 Prozent armutsgefährdet. Ab vier Kindern wird ein zusätzliches Erwerbsumsatz fast für die Hälfte der Haushalte zur Notwendigkeit. Noch gravierender ist die Situation bei Alleinerziehenden. Schon mit einem Kind sind 15 Prozent unter der Armutsgrenze; ab drei Kindern steigt der Anteil sogar auf 40 Prozent.

### Finanzielle Einschränkungen

#### Armutsrisiko und Armutsgefährdung in Paarhaushalten mit Kindern

Ganze Schweiz; Mittelwert 1991/1995/1999



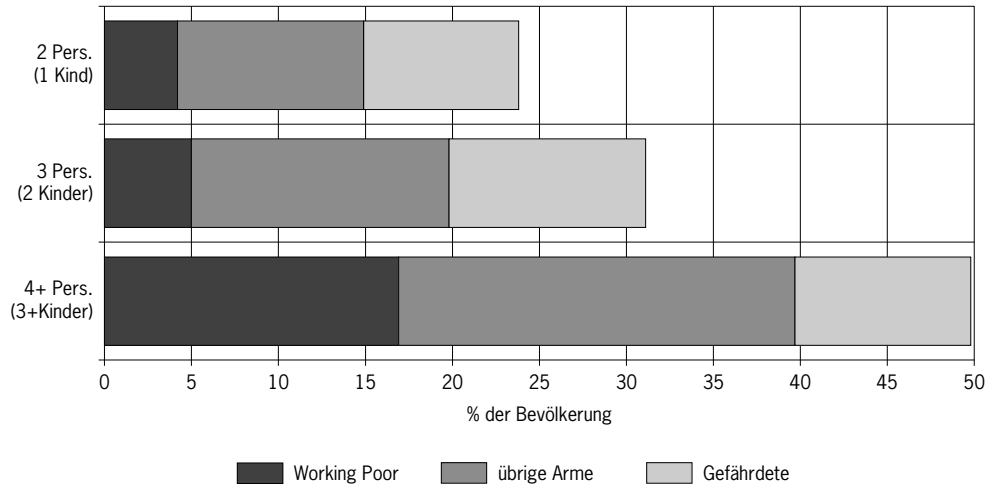
Quelle: SAKE

7 Dazu gehören auch Haushalte von unverheirateten Eltern und Patchworkfamilien.

8 Armutsgefährdung kann bei Einpersonenhaushalten definitionsgemäss nicht ausgeschieden werden, da dabei zwei Personen erwerbstätig sein müssen.

## Armutsrisiko und Armutsgefährdung im Alleinerziehenden-Haushalten

Ganze Schweiz; Mittelwert 1991/1995/1999

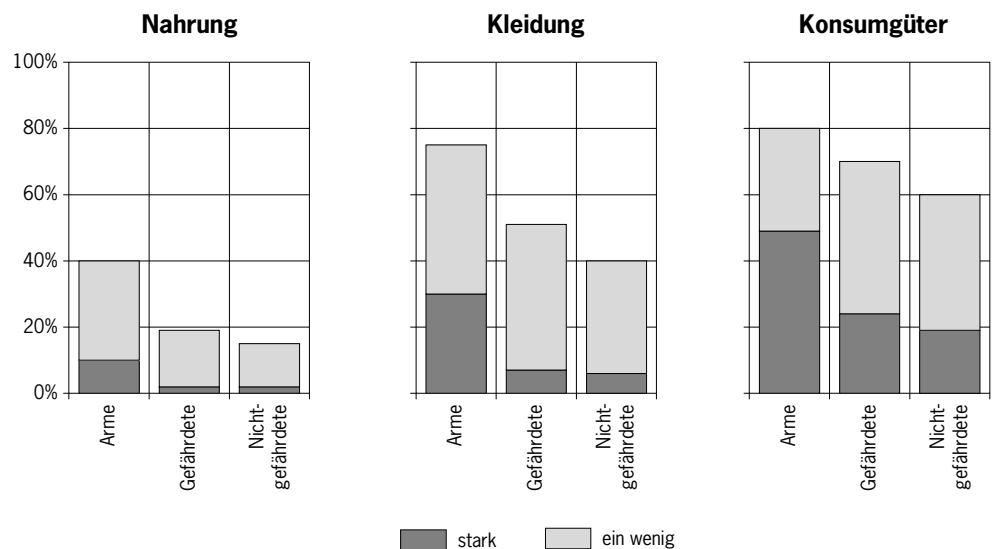


Quelle: SAKE

Es entspricht den Erwartungen, dass sich Haushalte unterhalb der Armutsgrenze bei den Konsumausgaben zurückhalten müssen. Von der Armutsbevölkerung haben sich 10 Prozent schon bei Nahrungsmitteln stark einzuschränken, 30 Prozent hinsichtlich Kleidung, und 50 Prozent hinsichtlich dauerhafter Konsumgüter. Eher überraschend ist die Tatsache, dass sich

## Finanzielle Einschränkung in ausgewählten Bereichen

1999; ganze Schweiz



Quelle: SAKE

der armutsgefährdete Personenkreis kaum von den nicht gefährdeten Haushalten unterscheidet, was ihr Gefühl betrifft, sich finanziell einschränken zu müssen.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass das Gefühl finanzieller Limitierung nicht zuletzt mit der Anspruchshaltung zu tun hat, die wiederum abhängig von der ökonomischen Situation ist. Personen mit bescheidenen Einkommen haben geringere Ansprüche als Wohlhabende. Personen knapp über der Armutsgrenze scheinen ihre Ansprüche bereits zurückgeschraubt zu haben. Erst ein Leben unter der Armutsgrenze bewirkt einschneidende finanzielle Einschränkungen, die auch mit einer Reduktion der Ansprüche nicht in den Griff zu bekommen sind.

*Urs Rey*  
*Statistisches Amt des Kantons Zürich*

## **Berufliche Vorsorge in der Schweiz: Vollerhebung 1998 abgeschlossen**

Seit 1992 führt das Bundesamt für Statistik (BFS) jedes zweite Jahr eine Vollerhebung über den obligatorischen und freiwilligen Teil der 2. Säule durch. In diese Erhebung werden sämtliche Einrichtungen der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge mit einbezogen. Eine Befragung bei diesen Einrichtungen fand bereits 1987, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), statt. Für das Statistikjahr 1998 sind einige Fragen neu aufgenommen worden. Dennoch ist die Grundkonzeption der Befragung seit 1987 gleich geblieben. Die Ergebnisse 1998 sind deshalb mit denen der Vorjahre weitgehend vergleichbar.

Die *Zahl der Vorsorgeeinrichtungen* nahm seit 1987 kontinuierlich von 15'179 auf 10'409 im Berichtsjahr ab. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von über 3 Prozent. Als wichtigste Gründe dafür lassen sich aufführen: Auflösung von Vorsorgeeinrichtungen infolge von Firmenzusammenlegungen und -liquidationen; Anschluss von Unternehmen an eine Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtung; Zusammenlegung von bisher für die obligatorische und die überobligatorische Vorsorge getrennt geführte Kassen. Infolge dieser Umstrukturierungen sank bei den Versicherten die Zahl der Doppel- und Mehrfachzählungen deutlich. Vor allem deshalb bildete sich der *Gesamtbestand der aktiven Versicherten* von 3'266'000 auf 3'140'000 zurück. 1998 umfassten die 2823 *registrierten Vorsorgeeinrichtungen* 94 Prozent der Versicherten. Zwei Jahre zuvor waren es noch rund neun von zehn Versicherten.

Die *Beiträge* der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wuchsen im Vergleich zu 1996 um 10 Prozent. Massgebend für diese Zunahme waren insbesondere die erheblichen Einmaleinlagen des Bundes zum Ausgleich der versicherungstechnischen Unterdeckung seiner Vorsorgeeinrichtungen. Im Berichtsjahr wurden erstmals die *Gewinne aus Verkauf und Höherbewertung der Anlagen* separat ausgewiesen. Mit 18,6 Milliarden Franken überstiegen diese Gewinne den Ertrag aus Wertschriften, Liegenschaften usw. um fast 3 Milliarden Franken.

Die *gesamten Leistungen bei Alter, Tod und Invalidität* stiegen nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Ende 1998 bezogen 695'000 Personen eine Rente; es wurden insgesamt 14,5 Milliarden Franken ausbezahlt. 29'000 Bezüger zogen im Berichtsjahr eine Kapitalauszahlung (insgesamt 3 Mrd. Fr.) vor. Der Zuwachs bei den *Austrittsleistungen* (Freizügigkeitsleistungen, Wohneigentumsvorbezüge und Leistungen/Auszahlungen infolge Scheidung) verflachte sich gegenüber der Vorperiode deutlich.

War von 1994 bis 1996 noch ein Anstieg um rund 50 Prozent zu verzeichnen gewesen, so erhielten im Berichtsjahr 495'000 Bezüger (1996: 465'000) 15,8 Milliarden Franken oder 18 Prozent mehr als 1996.

Die *Bilanzsumme* erhöhte sich bis Ende 1998 auf 428 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Wachstum von nahezu 23 Prozent seit 1996. Nebst der Tatsache, dass sich die 2. Säule immer noch in der Aufbauphase befindet, hat vor allem die Entwicklung des Börsenmarktes zu diesem starken Wachstum beigetragen. Die Anlagen in Aktien und Partizipations-scheine nahmen von 55,7 Milliarden (1996) auf 90,4 Milliarden Franken Ende 1998 zu. Ebenfalls eine deutliche Erweiterung um 36 Prozent auf 52,9 Milliarden Franken verzeichneten in der selben Zeitspanne die indirekten, kollektiven Anlagen (Ansprüche, Anteile und Beteiligungen bei Anlagestiftungen, -fonds und Immobiliengesellschaften). Mit rund 53 Milliarden Franken überstieg der Anteil dieser Anlagen an der Bilanzsumme 1998 die 12-Prozent-Grenze. Mit 112 Milliarden Franken bildeten die Obligationen und Kassascheine die meistgewählten Anlageformen. Das eigentliche *Vorsorgekapital* belief sich Ende 1998 auf rund 368 Milliarden Franken. Angesichts der verstärkten Engagements in Aktien mussten die Schwankungsreserven, Wertberichtigungen und Rückstellungen auf Vermögensanlagen im Vergleich zu 1996 auf 37 Milliarden Franken nahezu verdoppelt werden.

Die Publikation mit den Detailergebnissen ist Ende 2000 erschienen und kann beim BFS bestellt werden:

Tel. 032 713 60 60, Fax 032 713 60 61

Preis: Fr. 24.-, Bestellnummer: 135-9801

## Die Auswirkungen des KVG auf die Finanzierung des Gesundheitswesens

Diese Studie des BFS untersucht die Auswirkungen des neuen, im Jahre 1996 in Kraft getretenen Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Gegenstand der Untersuchung sind die Kosten und die Finanzierung der KVG-Versicherer, die Entwicklung der Finanzreserven und der Franchisen sowie die Konsequenzen, die Preis und Menge auf die Gesundheitsausgaben zeitigen. Im Besonderen dargestellt sind die Kosten und die Finanzierung der Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Dienste.

Im folgenden werden die wichtigsten Resultate zusammengefasst.

### Beiträge der Versicherten und Franchise

Inwieweit ist die finanzielle Beitragsleistung der Versicherten (Prämie, Franchise und 10%iger Selbstbehalt) von der frei wählbaren Franchise beeinflusst?

Die von den Versicherten zu erbringende finanzielle Beitragsleistung ist zum einen bedingt durch die Prämien, zum anderen aber auch durch die gewählte Franchise und die von den abgerechneten jährlichen Kosten. Aufgrund dieser Parameter kann die Gesamtbeitragsleistung im Betrachtungszeitraum von 1996 bis 2000 innerhalb einer Bandbreite von - 40% bis knapp + 40% schwanken im Vergleich zu jenen Beitragsleistungen, die ein Versicherter mit normaler Franchise im selben Zeitraum zu tragen hat.

### Beiträge der Kantone für die Prämienverbilligung

Ist es im Zusammenhang mit der Einführung des KVG bei den vom Bund und den Kantonen für die Prämienverbilligung zu leistenden Beiträgen zu Schwankungen gekommen?

In Bezug auf die von den Kantonen und vom Bund gezahlten Beiträge zur Prämienverbilligung lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. In den Jahren 1996-98 gewährten die Kantone im Durchschnitt nur 75,6% der verfügbaren Beiträge; einige beschränkten sich dabei auf das im KVG vorgesehene Minimum von 50%. Für den einzelnen Bezüger beläuft sich die Prämienverbilligung im Durchschnitt auf Fr. 88,1, mit deutlichen kantonalen Unterschieden (-49% à + 95%, zwischen 44,6 Fr. und 172,1 Fr.).

### Kosten des Gesundheitswesens

Hatte das KVG Auswirkungen auf die Gesamtkosten des Gesundheitssystems?

Die derzeit vorliegenden Zahlen und Erkenntnisse lassen vermuten, dass das KVG keine messbaren Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung der Kosten im Gesundheitssystem gehabt hat. Zum einen wiesen die Preise keine ausserordentlichen Schwankungen auf (abgesehen von den Preissenkungen bei den Medikamenten und den medizinisch-therapeutischen Geräten) und zum anderen ist der seit 1996 beobachtete Kostenanstieg im Gesundheitssystem vergleichbar mit dem Anstieg früherer Jahre. Bislang existieren noch keine Zahlen, die aufzeigen würden, dass die auf eine Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen abzielenden Bestimmungen des KVG bereits eine positive Wirkung entfaltet hätten.

## Änderungen bei den Ergänzungsleistungen

Inwiefern hat sich die Situation der Bezüger von Ergänzungsleistungen durch das KVG verändert?

Unter dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (KUVG) hatten die Ergänzungsleistungen (EL) die Funktion, nicht versicherten AHV-Rentnern die Krankheitskosten und allgemein von den Krankenkassen nicht gedeckte Krankheitskosten rückzuerstatten. Das KVG sieht demgegenüber vor, dass der zu Lasten der Versicherten gehende Selbstbehalt (bis zu einem bestimmten Maximalbetrag) und die tiefstmögliche Franchise im Rahmen der Ergänzungsleistungen übernommen werden. Hinzu kommen noch bereits unter dem KUVG gebräuchliche Rückerstattungen wie Hauspflege, Erholungsaufenthalte und Zahnarztkosten. Als entscheidender Faktor erwies sich die Einführung des Prämienverbilligungs-Systems, bei dem der Bund den Kantonen bis zu zwei Dritteln der Ausgaben rückerstattet (während es bei den Ergänzungsleistungen nur 10-35% sind). Diese Neuerung verleitete die meisten Kantone dazu, die Prämien der Bezüger von Ergänzungsleistungen voll zu übernehmen, umgekehrt aber die Krankenversicherungsbeiträge bei der Berechnung der individuellen Ergänzungsleistungen nicht mehr als Ausgabenposten zu berücksichtigen. Mit Ausnahme von Zürich und Tessin verzichteten die Kantone zugleich darauf, das für den Bezug von Ergänzungsleistungen berechtigende Maximalinkommen höher anzusetzen. Nachdem dies dazu geführt hatte, dass zahlreiche Personen ihren Anspruch auf den Bezug von Ergänzungsleistungen nicht mehr geltend machen konnten, zwang der Bund den Kantonen 1997 ein neues Berechnungssystem der EL auf dem Verordnungsweg auf.

## Zusammenhang von KVG und Sozialhilfe

Welche Wirkung hatte das KVG und speziell das mit ihm verbundene neue Prämienverbilligungssystem auf die Höhe der Sozialhilfe-Ausgaben gemäss der Statistik der öffentlichen Finanzen?

Die öffentliche Finanzstatistik weist für 1996 eine rückläufige Entwicklung der Sozialhilfekosten aus, die aber bereits 1997 wieder von einer Aufwärtsbewegung abgelöst wird. Bei den Armenunterstützungs-Ausgaben, wo man am ehesten eine Entlastung vermutet hätte, war die Kostenreduktion nicht sehr ausgeprägt; zudem lässt sich zeigen, dass der Einbruch bei dieser Rubrik praktisch ausschliesslich das Resultat der Entwicklung in den bernischen Gemeinden darstellt. Es ist anzunehmen, dass primär die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger den entlastenden Effekt der Prämienverbilligungen neutralisiert hat. Immerhin kann dieser entlastende Effekt für 1996 auf insgesamt mindestens Fr. 120 Mio. geschätzt werden. Der grösste Teil dieser Summe dürfte sich der Übernahme des Prämienverbilligungs-Systems verdanken.

## Angaben zur Publikation:

**«Analyse der Auswirkungen des KVG auf die Finanzierung des Gesundheitswesens und anderer Systeme der sozialen Sicherheit», Bericht des Bundesamtes für Statistik zuhanden des Bundesamtes für Sozialversicherung, BSV-Forschungsbericht Nr. 5/00**

**Autoren:** Greppi Spartaco, Ritzmann Heiner, Rossel Raymond, Siffert Nicolas, Bundesamt für Statistik, Espace de l'Europe 10, 2010 Neuchâtel

**Koordination:** Siffert Nicolas, Bundesamt für Statistik

**Internet:** [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber14/studien/lamal2000/dkvg04.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber14/studien/lamal2000/dkvg04.htm)

**Auskünfte:** Martin Wicki, Bundesamt für Sozialversicherung, Fachdienst Wirtschaft Grundlagen Forschung, Effingerstrasse 35, 3003 Bern, Tel. 031 322 90 25, e-mail: [Martin.Wicki@bsv.admin.ch](mailto:Martin.Wicki@bsv.admin.ch)

**Bestellungen:** BBL/EDMZ, 3003 Bern oder online: [www.admin.ch/edmz](http://www.admin.ch/edmz).

**Preis:** Fr. 28.05 **Bestellnummer:** 318.010.5/00 d



## Einige Publikationen des BFS

*Analyse der Auswirkungen des KVG auf die Finanzierung des Gesundheitswesens und anderer Systeme der sozialen Sicherheit, Bericht des Bundesamtes für Statistik zuhanden des Bundesamtes für Sozialversicherung, BSV-Forschungsbericht Nr. 5/00*

Diese Studie untersucht die Auswirkungen des neuen, im Jahre 1996 in Kraft getretenen Krankenversicherungsgesetzes. Gegenstand der Untersuchung sind die Kosten und die Finanzierung der KVG-Versicherer, die Entwicklung der Finanzreserven und der Franchisen sowie die Konsequenzen, die Preis und Menge auf die Gesundheitsausgaben zeitigen. Im Besonderen dargestellt sind die Kosten und die Finanzierung der Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Dienste.

Auf Kantonebene werden die Entwicklung der Prämien pro Versichertenkategorie, die Kostenbeteiligungen, die von den Versicherern erbrachten Leistungen sowie die Prämienverbilligungen aufgezeigt. Die Korrelation zwischen Ärztedichte und Prämien lassen vermuten, dass die Dichte der Fachärzte stark auf die Kosten Einfluss nimmt, die wiederum direkte Auswirkungen auf die Prämien zeitigen.

Die durch die neuen KVG-Leistungen und der Einführung des neuen Prämienverbilligungssystems erwarteten Einsparungen bei den Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe werden schliesslich aufgezeigt.

Autoren: Spartaco Greppi, Heiner Ritzmann, Raymond Rossel, Nicolas Siffert, BFS

Koordination: Siffert Nicolas, BFS

Internet: [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber14/kvg/verd/dkvg04.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber14/kvg/verd/dkvg04.htm)

Auskünfte: Martin Wicki, Bundesamt für Sozialversicherung, Fachdienst Wirtschaft Grundlagen Forschung, Effingerstrasse 35, 3003 Bern, Tel. 031 322 90 25, E-mail: [martin.wicki@bsv.admin.ch](mailto:martin.wicki@bsv.admin.ch)

Bestellungen: BBL/EDMZ, 3003 Bern oder online: [www.admin.ch/edmoz](http://www.admin.ch/edmoz).

Preis: Fr. 28.05. Bestellnummer: 318.010.5/00 d

*Gesundheit und Gesundheitsverhalten in der Schweiz 1997, BFS, Neuchâtel, 2000*

Dieser Bericht zeigt ein umfassendes Bild der gesundheitlichen Situation der Schweizer Bevölkerung um das Jahr 2000. Er beschreibt den Gesundheitszustand, gesundheitsrelevante Verhaltensweisen, Lebensbedingungen und die Versicherungssituation unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter und Nationalität der Befragten. Die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Gesundheitssystems, der Einfluss der sozialen Ungleichheit auf die Gesundheit, regionale Unterschiede sowie die Stellung der Schweiz im internationalen Vergleich rundet das Bild ab. Unterschiede zwischen den Ergebnissen der Gesundheitsbefragungen 1992/93 und 1997 werden aufgezeigt und diskutiert.

Dieser Bericht richtet sich ebenso an beruflich im Gesundheitswesen Tätige, wie auch an ein breites Publikum.

Koordination: Roland Calmonte, Thomas Spuhler und Walter Weiss, Auskunft: Roland Calmonte, BFS, Sektion Gesundheit, Tel. 032 713 65 64, E-Mail: [roland.calmonte@bfs.admin.ch](mailto:roland.calmonte@bfs.admin.ch)  
Preis: Fr. 19.–. Bestellnummer: 213-9701

*Sozialberichterstattung Schweiz «Ältere Menschen in der Schweiz», BFS, Neuchâtel, 2000*

Der erste auf eine Bevölkerungsgruppe gerichtete Bericht in der Reihe Sozialberichterstattung zeichnet ein Bild der Lebensbedingungen älterer Menschen in der Schweiz. Selbstverständlich leben Personen im Rentenalter in sehr heterogenen Situationen. Diese werden durch die differenzierte Analyse nach den wichtigsten soziodemographischen Merkmalen teilweise aufgedeckt. Die wirtschaftliche Lage, Wohnbedingungen, die Integration in das soziale Netzwerk, Gesundheit, Familien- und Hausarbeit, Freizeit sowie Gewalt-erlebnisse und -befürchtungen der Personen ab 62/65 Jahren sind Gegenstand des vorliegenden Berichts.

Bearbeitung: Katja Branger, Robin Tillmann, Paul Röthlisberger, Auskunft: Paul Röthlisberger, BFS, Sektion Kultur, Politik und Lebensbedingungen, Tel. 032 713 67 87, E-mail: [paul.roethlisberger@bfs.admin.ch](mailto:paul.roethlisberger@bfs.admin.ch)  
Preis: Fr. 8.–. Bestellnummer: 368-0000.

## **Publikationen der Sektion Soziale Sicherheit im BFS**

*Die berufliche Vorsorge in der Schweiz – Pensionskassenstatistik 1998, BFS, Neuchâtel, 2000*

Ende 1998 gab es in der Schweiz über 10'000 Vorsorgeeinrichtungen der beruflichen Vorsorge mit rund 3,1 Millionen aktiven Versicherten. Die im Herbst 2000 erscheinende Publikation gibt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung im Bereich der zweiten Säule. Nebst der Darstellung einiger langfristiger Entwicklungen wird insbesondere ein Vergleich mit der letzten Vollerhebung (1996) hergestellt. Die Veröffentlichung präsentiert und kommentiert die Vorsorgeeinrichtungen und deren Versicherte unter verschiedenen Aspekten, wie z.B. der Rechtsform (öffentlich/privat), der Risikoträgerform (autonom/kollektiv) sowie nach dem Beitrags- oder Leistungsprimat. Mit rund 428 Milliarden Franken gilt das Interesse insbesondere den Kapitalanlagen sowie deren Entwicklung seit 1996. Erstmals finden sich zudem Angaben über die Altersstruktur der Versicherten sowie der Rentenbezüger.

Bearbeitung: Anton Eggermann, Jürg Fuhrer, Paul Hess  
Auskunft: Jürg Fuhrer, Tel. 031 713 66 80  
E-Mail: juerg.fuhrer@bfs.admin.ch  
Preis: Fr. 24.–. Bestellnummer: 135-9801

*Soziale Sicherung im Alter. Informationsbedarf – heute und morgen, BFS, Neuchâtel, 2000*

Ist der Finanzhaushalt der AHV trotz demografischer Alterung gesichert? Nach welchen Kriterien soll das Rentenalter festgesetzt werden? Wo steht die schweizerische Altersvorsorge im internationalen Vergleich? Wie steht es mit der finanziellen Situation der Rentner/-innen und Erwerbspersonen, heute und in Zukunft? Dies sind zentrale Fragen der heutigen sozialpolitischen Debatte zu denen es rechtzeitig angemessene statistische Basisinformationen braucht.

In dieser Publikation ziehen Experten/-innen aus In- und Ausland Bilanz zu den verfügbaren Informationen und den zu schliessenden statistischen Lücken im Hinblick auf die bevorstehenden gesetzlichen und institutionellen Veränderungen. Nicht nur Forscher/-innen, sondern all jene, die die Zukunft der sozialen Sicherung im Alter in der Schweiz aktiv mitgestalten, können nützliche Erkenntnisse aus diesem Buch gewinnen.

Herausgeber: Robert Fluder, Marion Nolde, Antonin Wagner, BFS  
Auskunft: Robert Fluder, OFS, Tel. 032 713 65 78,  
E-mail: robert.fluder@bfs.admin.ch  
Erscheint demnächst.

*Christian Suter und Marie-Claire Mathey, Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Ihre Bedeutung für die Armutsbekämpfung: Zusatzauswertung zur nationalen Armutsstudie, BFS, Neuchâtel, Gesamtbericht (erscheint demnächst)*

Es handelt sich um den Gesamtbericht der im info:social 3 veröffentlichten Kurzfassung der Studie von Christian Suter und Marie-Claire Mathey. Die in der Kurzfassung angesprochenen Themen werden eingehender behandelt und das zusätzliche Datenmaterial wird in Form von Tabellen und Grafiken interessierten Lesern/-innen zur Verfügung gestellt.

### **Bestellungen und weitere Informationen:**

Wenn keine andere Bestelladresse erwähnt wird, können alle aufgeführten Publikationen beim BFS bestellt werden: Tel. 032 713 60 60, Fax 032 713 60 61 oder E-mail: Order@bfs.admin.ch

Das BFS im **Internet**: [www.statistik.admin.ch](http://www.statistik.admin.ch)

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>
<b>Individuelle Auskünfte</b>	032 713 60 11
Das BFS im <b>Internet</b>	<a href="http://www.statistik.admin.ch">www.statistik.admin.ch</a>
<b>Medienmitteilungen</b> zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	032 713 60 11
<b>Publikationen</b> zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	032 713 60 60
<b>Online-Datenbank</b>	032 713 60 86

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das alle 2 Jahre nachgeführte **Publikationsverzeichnis**. Es ist auf dem Internet abzurufen oder kann gratis über Tel. 032 713 60 60 bezogen werden.

Burri Stefan, *Einkommens- und Vermögensdaten für eine Armutsberichterstattung. Evaluation von Datenquellen*, BFS, Neuchâtel, 1998, 44 Seiten, Fr. 7.–, Bestell-Nr. 277-9800

*Inventar der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, Stand 1997*. Publikation kantonsweise beim BFS (pro Kanton: Fr. 10.–) oder als Datenbank für alle Kantone auf einer CD-ROM bei der Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe (Fr. 70.–, Bestellung: Tel. 031 326 19 19, Fax 031 326 19 10) erhältlich.

*Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik*, BFS, Neuchâtel, 1999, 308 Seiten, Fr. 20.–, Bestell-Nr. 308-9900

*Die berufliche Vorsorge in der Schweiz – Ein Überblick über die wichtigsten Fakten zur Pensionskassenstatistik*, BFS, Neuchâtel, 1999, 64 Seiten, Bestell-Nr. 314-9900

Suter Christian und Mathey Marie-Claire, *Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Ihre Bedeutung für die Armutsbekämpfung: Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie*, Gesamtbericht, BFS, Neuchâtel, erscheint demnächst.

*Die berufliche Vorsorge in der Schweiz – Pensionskassenstatistik 1998*, Neuchâtel, 2000, 152 Seiten, Fr. 24.–, Bestell-Nr. 135-9801

*Soziale Sicherung im Alter. Informationsbedarf – heute und morgen*, Neuchâtel, erscheint demnächst

Tobias Bauer, Elisa Streuli, *Working Poor in der Schweiz, Gesamtbericht BFS*, Neuchâtel, erscheint voraussichtlich im Herbst 2001

## **info:social**

Fakten zur Sozialen Sicherheit

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik, erscheint zwei- bis viermal jährlich.

### **Bereits erschienen**

Kurt Wyss: Sozialhilfe – eine tragende Säule der sozialen Sicherheit? Ein Überblick über die in der Schweiz ausgerichteten bedarfsabhängigen Sozialleistungen, **info:social 1**, August 1999, Fr. 7.–, Bestellnummer: 299-9901

Gaspard Aeschimann, Gabrielle Antille, Fabrizio Carlevaro, Jean-Paul Chaze, Giovanni Ferro Luzzi, Yves Flückiger und Manfred Gilli: Prognosemodell für die AHV-Beiträge, **info:social 2**, Februar 2000, Fr. 7.–, Bestellnummer: 299-9902

Christian Suter und Marie-Claire Mathey: Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Ihre Bedeutung für die Armutsbekämpfung: Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie, **info:social 3**, Juni 2000, Fr.7.–, Bestellnummer: 299-9903

Spartaco Greppi, Heiner Ritzmann, Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit, **info:social 4**, Sondernummer, Februar 2001, Fr.24.–, Bestellnummer: 299-9904

